

böllthema

Umbruch: Hat 2020 alles verändert? Ein Gespräch mit dem Historiker Adam Tooze

Belastung: Frauen in der Pandemie. Sechs Porträts aus sechs Ländern

21-1

Verschiebung: Bedeutet der Abstieg des Westens eine neue, multipolare Weltordnung?

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung



Welt im Umbruch



Ko.yaa.nis.qatsi (aus der Hopi-Sprache):

1. Verrücktes Leben
2. Leben im Durcheinander
3. Leben, das auseinanderfällt
4. Leben, das aus der Balance geraten ist
5. Ein Zustand, der nach einem anderen Lebensstil ruft

An der Fassade des Berliner Kinos Babylon scheint die Zeit stehen geblieben. Ein Großplakat kündigt Godfrey Reggios Kultfilm «Koyaanisqatsi» für den 23. Oktober 2020 an. Kurz danach kam es zum zweiten Lockdown, das Kino wurde erneut geschlossen, und so hängt das Plakat bis heute.

«Koyaanisqatsi» – Leben, das aus der Balance geraten ist und Neues sucht: So lässt sich das Hopi-Wort übersetzen. Das passt doch ganz gut, wenn ich die vielen Widersprüche und globalen Umbrüche der heutigen Welt betrachte. Einige Facetten haben wir für Sie in diesem Heft ausgeleuchtet.

Das Coronavirus hat unser Zusammenleben auf nie gekannte Weise verändert, unsere Kultur und Wirtschaft im zweiten Lockdown zum Teil zum Erliegen gebracht. Theater, Restaurants, Hotels und Flughäfen mussten schließen oder auf Sparflamme funktionieren. Die Folgen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen.

Prozesse, die sich bereits im Umbruch befanden, werden rasant beschleunigt – wie zum Beispiel die Digitalisierung. Das Ende der amerikanischen Hegemonie und damit die globale Machtverschiebung Richtung Asien wird auch mit Joe Biden nicht ganz aufzuhalten sein.

Die Kurse der Ölfirmen stürzten auf den Weltmärkten ab, das Klimathema hat sogar auf den Finanzmärkten Fuß gefasst. Das verschafft uns keinen Aufschub – die Antwort auf die Klimakatastrophe muss schnell und radikal sein.

Bewegungen in aller Welt machen ihren Widerstand öffentlich: Black Lives Matter in den USA, die Proteste in Chile, Belarus, Thailand und nun Myanmar, um nur einige zu nennen. Die Menschen stehen ein für Demokratie und Freiheit und brauchen unsere Solidarität. Umbruchzeiten sind anstrengend, aber kein Grund zu verzagen. Sie sind demokratischer Auftrag und eine politische Chance, die große Transformation entschlossen voranzutreiben.

Ihre Barbara Unmüßig



Barbara Unmüßig
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Editorial

- 1 Von Barbara Unmüßig

Wo wir stehen

- 3 **Welt im Umbruch –
Welt im Aufbruch?**
Von Barbara Unmüßig
und Jörg Haas

Dossier

- 6 **Schlaglichter**
Green New Deal, Globalisierung,
Genschere – wo tut sich was?
Von Uwe Hoering

Statement

- 14 **Pop-up-Radwege – Corona
hat's möglich gemacht.**
Von Susanne Lang

Großes Interview

- 16 **«Noch ist alles offen»**
Werden wir umsteuern – und
wenn ja, wohin? Ein Gespräch
mit dem Wirtschaftshistoriker
Adam Tooze
Interview: Jörg Haas

Denkanstöße

- 21 **Schöne neue
multipolare Welt?**
Mehr Teilhabe für die Länder des
Globalen Südens und Osteuropas?
Sunita Narain, Nnimmo Bassey,
Adriana Abdenur und Andrey
Kortunov suchen nach Antworten.

Südafrika Spezial

- 24 **Backen für eine bessere
Zukunft**
Südafrika muss sein Ernährungssystem
grundlegend verändern,
wenn es seine Bürger*innen gut
versorgen will.
Von Leonie Joubert.
- 27 **«Wir müssen die richtige
Welle erwischen»**
Ein Interview mit Black Sash –
eine der ältesten Menschen-
rechtsorganisationen in
Südafrika.
Von Katrin Seidel

In Bildern

- 28 **Sie kümmern sich**
Die Covid-19-Pandemie hat die
ganze Welt getroffen, Frauen
ganz besonders. Sechs Geschichten
aus sechs Ländern.
Von Christina Focken

Report

- 34 **Made in Europe**
Das nachhaltige Textil-Startup
«von Jungfeld» ließ von Beginn
an nur in Europa produzieren.
Ein Modell für die Zukunft?
Von Susanne Lang

Kommentar

- 36 **Historische Chance auf
wackligen Füßen**
Die neue US-Regierung und
die globale Ordnung.
Von Bastian Hermisson

Interview

- 38 **«Das macht Mut»**
Die Pandemie hat die Sorgearbeit
ins Rampenlicht gerückt – viele
politisch Aktive schauen jetzt
genauer hin. Ein Gespräch mit
der Sozialwissenschaftlerin und
Buchautorin Gabriele Winker.
Interview:
Ines Kappert

Essay

- 40 **Die neue Schuldenkrise
als Chance**
Von Ulrich Volz

Porträt

- 42 **«Der Staat muss die
Richtung vorgeben»**
Mariana Mazzucato will den
Kapitalismus umstrukturieren.
Von Kerstin Kloss

Das letzte Wort

- 44 **«Mehr Wuppertal wagen»**
Von Uwe Schneidewind

III Der besondere Tip



Welt im Umbruch – Welt im Aufbruch?

**Text: Barbara Unmüßig
und Jörg Haas**

Es sind schwierige und verstörende Zeiten. Eine Pandemie, die uns im Griff hat. Ein Putschversuch in Washington. Sterbende Wälder in Amazonien, Sibirien oder im Harz. Repression in Hongkong, aber auch jubelnde Demonstrant*innen in Chile und Argentinien. Eine EU, die sich in der Krise zusammenreißt. Das autoritäre China, das mit Impfdiplomatie seine Einflusssphären auszuweiten versucht und zugleich verspricht, bis 2060 klimaneutral zu werden. Eine Ölindustrie im freien Fall und Billionen für wackelnde Finanzmärkte.

Die Widersprüche der Hyperglobalisierung

So viel Umbruch, so viel Ungleichzeitigkeit war selten. Fast alles scheint im Fluss. Wir erleben, wie die inneren Widersprüche einer neoliberalen Hyperglobalisierung (Dani Rodrik) aufbrechen, die nach dem Fall der Mauer in den vergangenen 30 Jahren das globale Wachstum angefeuert hat. Sie hat uns günstige Elektronik aus China und Billigfleisch dank Gensoja aus Brasilien beschert. Sie hat der deutschen Maschinenbau- und Autoindustrie Absatzmärkte sowie Arbeitsplätze gesichert, und Konzernen Klagerechte vor dubiosen Schiedsgerichten. Sie verursachte einen Boom an Treibhausgas-Emissionen und eine Vervielfachung von Finanzmarktspekulationen. Hunderte Millionen Chinesen wurden Teil der globalen Konsumierendenklasse und Ohios Stahlarbeiter deklassiert.

Soziale Grenzen überschritten

Wir «ernt» heute die sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer in weiten Teilen deregulierten Welt. Das Finanzsystem ist globalisiert und umstrukturiert: Zunehmend stehen nicht mehr Banken, sondern Schattenbanken im Zentrum des Finanzsystems. Es hat sich zum zentralen Steuerungszentrum der Weltwirtschaft entwickelt. Doch Finanzmärkte, die auf Schattenbanken basieren, sind inhärent instabil. Sie erzeugen sich selbst verstärkende Blasen und zyklische Krisen. Zentralbanken sind zu unverzichtbaren Akteuren geworden: ihnen bleibt

in der Krise gar nichts anderes übrig, als die systemischen Risiken abzufangen. Sie fluten dann die Märkte mit Billionen an neu geschöpftem Zentralbankgeld. Das war auch im Frühjahr 2020 der Fall, als die Coronakrise eine neue Finanzkrise auszulösen drohte. Nur billionenschwere Anleihekäufe der amerikanischen «Federal Reserve» konnten eine Kernschmelze des globalen Finanzsystems verhindern. Auch die Europäische Zentralbank musste erneut massiv intervenieren. Immer größere Summen an billigem Geld lassen die Vermögenswerte explodieren, von Aktien über Immobilien bis hin zu Ackerland. Vermögende profitieren, doch der Zugang zu Wohnraum und Land für diejenigen, die nichts besitzen, wird immer teurer. Während ökonomische Risiken systematisch auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, werden Ultrareiche vor einer angemessenen Besteuerung geschützt. Das ist von einigen politisch gewollt.

Diese Hyperglobalisierung hat zwar auch Menschen aus absoluter Armut geholt, sie hat aber die soziale Spaltung und politische Polarisierung der meisten Gesellschaften befördert.

Demokratien in der Social-Media-Echokammer

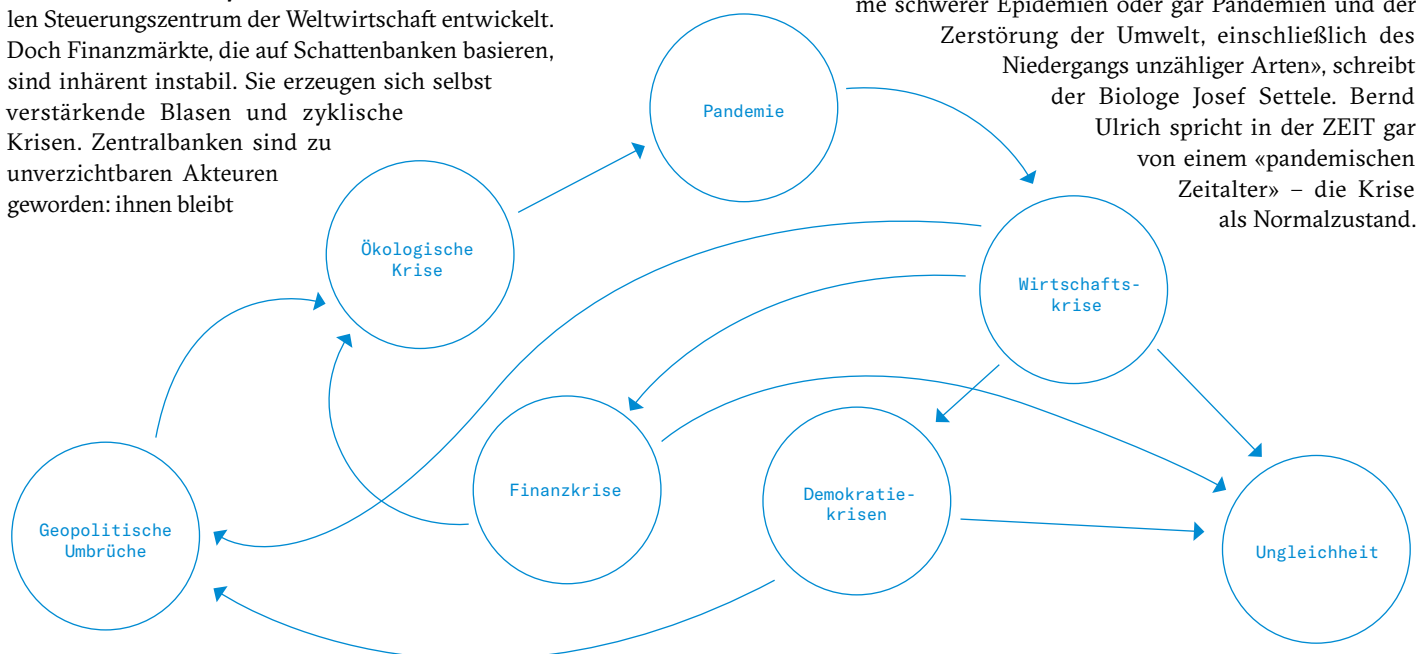
Parallel hat die Erosion der öffentlichen Infrastrukturen und öffentlich verantworteten sozialen Sicherung ein Gefühl der Unsicherheit verstärkt. Abstiegsgefährdete Mittelschichten radikalieren sich, werden häufig zu Wutbürgern. Sie treffen auf eine Öffentlichkeit, die nicht mehr von Qualitätsmedien dominiert wird, sondern von werbegetriebenen, profitmaximierenden Social-Media-Algorithmen, die diese Wut in Echokammern systematisch verstärken. Dabei kommt es zu einer zerstörerischen Abwertung gesellschaftlicher und demokratischer Normen und öffentlicher Institutionen.

Konservative Eliten machen sich diese Mechanismen zunutze. Die amerikanische Autorin Anne Applebaum beschreibt in ihrem Buch «Twilight of Democracy» (deutsch: «Die Verlockung des Autoritären»), wie in den USA, Großbritannien und Polen konservative Eliten der autoritären Verlockung erlagen und für ihren Machtgewinn und Machterhalt Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung verrieten.

Der ökologische Preis ist zu hoch

Der ökologische Preis der Hyperglobalisierung ist immens: Ökosysteme und Biodiversität sind vielerorts irreversibel zerstört, die Klimakatastrophe längst real, Menschen- und Umweltrechte werden den Interessen des Kapitals untergeordnet. Eine sozialökologische Rechtsordnung, die den Schutz von Mensch und Natur, das gute Leben für alle Erdenbürger ins Zentrum stellt, hat es bei allen positiven Ansätzen wie der Vielzahl internationaler Konventionen eben nie in aller Konsequenz gegeben.

«Wissenschaftlich belegt ist ein enger Zusammenhang zwischen der Zunahme schwerer Epidemien oder gar Pandemien und der Zerstörung der Umwelt, einschließlich des Niedergangs unzähliger Arten», schreibt der Biologe Josef Settele. Bernd Ulrich spricht in der ZEIT gar von einem «pandemischen Zeitalter» – die Krise als Normalzustand.



«Letztlich stehen fast alle Staaten der Erde vor der enormen Herausforderung, in historisch kürzester Zeit ihr Wohlstands- und Entwicklungsmodell neu zu erfinden.»

Die ökologischen und Gesundheitskrisen verschränken sich mit den ökonomischen, sozialen und politischen. Die politischen Versuche, sie zu bewältigen, sind vielfach hilflos, beim Klimawandel noch viel zu unentschieden, und sie verschärfen alle zusammen Ungleichheiten, was wiederum Demokratiekrise à la Brexit und Trump befördert.

Durch die Digitalisierung werden diese Prozesse dramatisch beschleunigt. Die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit demokratischer Gesellschaften droht überfordert zu werden. Es scheint alles zu schnell, zu viel auf einmal, selbst da, wo im Lockdown erst mal der Stillstand angesagt ist.

Der Aufstieg Chinas

Diese Krisen der alten Demokratien des Westens krepeln die geopolitischen Machtverhältnisse um. Die Pax Americana scheint endgültig zu Ende, die ökonomische, technologische und zunehmend auch politische Macht verlagert sich nach China. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht hat sowohl mit der kontrollierten Öffnung des Landes für die Weltwirtschaft seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu tun als auch mit dem relativen Machtverlust der USA, der spätestens mit der Finanzkrise 2008/09 immer offensichtlicher wurde. Den Doppelschlag der Wirtschafts- und Finanzkrisen von 2008 und 2020, der jeweils zu gravierenden Wachstumseinbußen in Europa und Nordamerika führt, steckt China durch eine enge Koordination von Geld- und Fiskalpolitik (noch) vergleichsweise problemlos weg.

Die erfolgreiche ökonomische Aufholjagd Chinas hat eine neue globale hegemonale Konkurrenz hervorgebracht. Doch die ökologischen und sozialen Kosten des export- und investitionsgetriebenen Wachstums um jeden Preis sind enorm. Kurzfristig steht China gut da, gerade im Vergleich zu Europa und den USA. Das Regime fürchtet sich jedoch vor wachsenden sozioökonomischen und politischen Instabilitäten, schürt den Nationalismus und verschärft weiter massiv Repression und Unterdrückung. Das chinesische Modell wird bereits von «starken Männern» weltweit kopiert.

Welt im Aufbruch: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende

Krisen und Unterdrückung der Freiheit erzeugen immer auch Gegenbewegungen. Der ökologische Umbau hat begonnen. Und der Druck sozialer Bewegungen wie Fridays for Future treiben Werte- und politischen Wandel an. Die Klimakrise hat längst auch die Aktienmärkte erreicht: Tesla wird zum Börsenliebling – und die noch vor zehn Jahren wertvollste Firma der Welt, der Ölkonzern Exxon Mobil, stürzt an den Börsen ab und flog aus dem Dow-Jones-Index.

Demokratische Bewegungen – von Belarus bis Hongkong – fordern weltweit die Regierungen heraus. In Chile erstreitet die Protestbewegung gegen eine rechtslastige Regierung eine neue verfassungsgebende Versammlung. In Argentinien erkämpfte die Frauenbewegung nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen das Recht auf Abtreibung. Der Sudan bricht zu neuen demokratischen Ufern auf. Zivilgesellschaften überall kämpfen für Freiheit, für Demokratie und Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.

In den USA hat die Mobilisierung der «Black Lives Matter»-Bewegung das Bewusstsein für den strukturellen Rassismus der US-Gesellschaft und auch anderswo gestärkt. Schwarze Wähler*innen, insbesondere Frauen, haben durch eine enorme Mobilisierung Präsident Biden nicht nur den Wahlsieg, sondern auch in der Nachwahl in Georgia eine knappe Mehrheit im Kongress gesichert. Mit US-Vizepräsidentin Kamala Harris hat die erste «Woman of Color» diese Position inne und damit Chancen, eines Tages das Präsidentenamt zu bekleiden.

Nagelprobe für den Klimaschutz

2020/21 ist die Nagelprobe für den Pariser Klimavertrag. Die im Vertrag von 2015 eingebaute «Emissionslücke» (nationale Selbstverpflichtungen, die bisher bei Weitem nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen) wird nun allmählich geschlossen: Die EU verschärft die Vorgabe für ihre Emissionsminderung auf minus 55 Prozent gegenüber 1990; Japan und Südkorea wollen bis 2050, China bis 2060 Netto-Null-Emissionen anstreben. Auch Präsident Biden hat dieses Ziel auf seine Agenda gesetzt. Wenn sie ernsthaft umgesetzt werden, sind das Hoffnungszeichen – auch wenn das noch nicht für die 1,5°C reicht und viele Fragen, mit welchen Instrumenten und Technologien das umgesetzt werden soll, noch offen sind.

Wendejahre

Letztlich stehen fast alle Staaten der Erde vor der enormen Herausforderung, in historisch kürzester Zeit ihr Wohlstands- und Entwicklungsmodell neu zu erfinden. Die Klimakrise verlangt von allen, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen, einen enormen Um- und Aufbruch in nie dagewesenen Ausmaßen.

Es geht darum, endlich «vor» die Krisen zu kommen, statt ihnen hinterherzurrennen. Es geht um eine vorausschauende, vorbeugende Politik, die unseren ökologischen Fußabdruck so rasch wie möglich reduziert, die eskalierende Ungleichheit bekämpft und die Finanzmärkte bündigt. All dies wird ohne Zumutungen und eine ehrliche Kommunikation zwischen Bürger*innen und Politik nicht gelingen.

Deutschland hat die Chance und die Pflicht, als größtes Land eines immer noch global relevanten Europas, in dieser Transformation eine treibende Rolle zu spielen, zuhause und in seinen weltweit wirksamen Politiken im bilateralen und multilateralen Rahmen. Ob das gelingen wird, hängt nicht nur, aber auch vom Superwahljahr 2021 und den hoffentlich neuen Machtverhältnissen zugunsten der sozialökologischen Transformation ab. «Weiter so» muss abgewählt und die Bürger*innen für eine Politik realistischer Radikalität gewonnen werden.

Barbara Unmüßig ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Jörg Haas ist Referent für Internationale Politik in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Schlaglichter

Text und Recherche: Uwe Hoering



Anthropozän

Anthro ... was? Nichts weniger als ein neues Erdzeitalter, folgt man dem Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen, der vor 20 Jahren das Anthropozän ausrief. Es löst das Holozän, die bisherige Klimaphase, ab. Seit dem Beginn des Industriezeitalters würde der Mensch (altgriechisch *ánthropos*) die natürliche Umwelt global grundlegend verändern und tendenziell irreversibel zerstören. Die Klimakrise gilt Crutzen als das zentrale Merkmal, dazu kommen weitere Entwicklungen wie das Ozonloch, Ressourcenknappheit, Ozeanversauerung und jetzt die Corona-Pandemie. Die These hat viel Aufmerksamkeit erhalten – wissenschaftlich abschließend anerkannt ist sie (noch) nicht. Manche Kritiker*innen fürchten zudem, dass sie die Debatte über Ursachen und Lösungen entpolitisiert. Die Verantwortung würde von Produktions- und Konsumweisen, globalen Eliten und Mittelklassen abgelenkt. Wenn schon eine Bezeichnung für ein neues Erdzeitalter, so der Soziologe Jason Moore, sollte es Kapitalozän heißen.

«We are living through the first economic crisis of the Anthropocene»

Adam Tooze am 7. Mai 2020 in *The Guardian*

China

China, China, China!

Während in fast allen Ökonomien der Welt 2020 das Brutto-sozialprodukt zurückging, konnte China ein deutliches Wachstum verzeichnen. Das Land machte damit in der globalen Machtkonkurrenz mit den USA einen großen Schritt nach vorn. Seit dem Amtsantritt von Xi Jinping sind frühere Hoffnungen zerstoßen, dass sich das Land mit wachsender Prosperität an westliche Standards von Demokratie annähert. Stattdessen wurden demokratische Spielräume systematisch eingeschränkt, Menschenrechte werden mit Füßen getreten.

Wirtschaftskrieg: Als Investitionsstandort und Lieferant preiswerter Konsumgüter war China lange willkommen. Seit es zu einer führenden Wirtschafts- und High-Tech-Macht aufstieg, schlug US-Präsident Donald Trump mit Zöllen und anderen Maßnahmen zurück. Europa plant hingegen ein Investitionsabkommen mit China, das den jeweiligen Marktzugang absichern soll. Seine Ratifizierung steht 2022 an.

Hegemoniale Konkurrenz: Mit dem Infrastruktur- und Investitionsprogramm «Belt and Road Initiative» sichert sich Peking Rohstoff- und Absatzmärkte, und schmiedet neue politische Allianzen. Damit fordert es nicht nur den Führungsanspruch der USA heraus, sondern tritt auch Regionalmächten wie Japan oder Indien auf die Füße. Beobachter*innen sehen eine neue multipolare Weltordnung mit wechselnden Bündnissen und Kooperationen.



Militarisierung: Peking macht verstärkt seine territorialen Ansprüche geltend, zum Beispiel im südchinesischen Meer, im Himalaya oder auf Taiwan. Es scheut sich auch nicht, dabei dosierten militärischen Druck einzusetzen, etwa bei Scharmützeln mit Indien. Noch sind die USA überlegen, aber es hat ein neues Wettrüsten in Asien eingesetzt. Manche sprechen von einem neuen Kalten Krieg.

Systemische Rivalität: Chinas wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, großzügige Kredite und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten macht Pekings Politik für Länder des Globalen Südens, verglichen mit westlichen Regierungen, attraktiv. Insbesondere autoritäre Regime können von der Trennung von Geschäft und politischen Anforderungen profitieren und ihre Position stärken. Seit 2019 sieht die Europäische Union, die lange auf Partnerschaft gesetzt hatte, eine grundlegende Rivalität zwischen Chinas wirtschaftlichem und politischem System und dem Konzept von Marktwirtschaft, demokratisch-liberalem Rechtsstaat und universellen Menschenrechten.

Globalisierung auf dem Rückzug?

Die Engpässe bei der Lieferung medizinischer Güter in der Corona-Krise haben klar gemacht, welche Folgen die Abhängigkeit von langen Lieferketten und wenigen Produzenten haben kann. Bringt das Coronavirus, was manche Globalisierungskritiker seit Jahrzehnten fordern: eine wirtschaftliche Deglobalisierung, einen Rückbau in nationale oder regionale Räume?

Die empirischen Daten zu Handel und Lieferketten geben in dieser Hinsicht bisher noch nicht viel her. Doch schon vor Corona sprach die Zeitschrift *The Economist* vom «Rückzug des globalen Unternehmens». Technologische Möglichkeiten wie Digitalisierung, lokale Energieerzeugung mit Sonne und Wind, steigende Kosten und lahmendes Wirtschaftswachstum drücken auf weltumspannende Warenströme und Investitionen.

Insbesondere der Machtkampf zwischen China und den USA fördert eine selektive Entflechtung («Decoupling») – zum Beispiel Silikon-Valley hier, Huawei dort. Der Historiker Adam Tooze spricht von einer «neu organisierten Globalisierung», dominiert durch starke regionale Mächte. Das bedeutet nicht unbedingt weniger Wirtschaftswachstum («Degrowth») oder gar einen Einstieg in eine sozialökologische Transformation. Für die Länder des Globalen Südens sieht der philippinische Globalisierungskritiker Walden Bello aber Hoffnung auf neue Entwicklungsspielräume, gerechtere Kooperationsformen – und er träumt sogar von einer «Exit-Strategie» aus ihrer Abhängigkeit von der kapitalistischen Globalisierung.

Genschere – der Goldene Schnitt?

Jennifer Doudna und Emmanuelle Charpentier sind Popstars der Wissenschaft. 2020 erhielten sie den Chemie-Nobelpreis für die «Genschere»: Die neue molekularbiologische Methode Crispr/Cas9 macht es möglich, durch gezielte Schnitte Gensequenzen im Erbgut von Pflanzen, Tieren und Menschen zu verändern. Utopien würden Wirklichkeit: eine ertragreichere Landwirtschaft, die Heilung von Krankheiten und anderes mehr.



Diese «Genom-Bearbeitung» ist einfach anzuwenden, schnell und effizient – und senkt damit Kosten langwieriger Züchtung. Industrie und Politik hoffen auf das Ende der leidigen Debatte um Gentechnik, weil keine fremden Gene eingebaut würden. Sie hoffen auch, dass sich damit die Konkurrenz zwischen industrieller und bäuerlicher Landwirtschaft erledigen würde, da beide ihre Produktion steigern könnten. Und sie setzen auf einen Schub für die Bioökonomie, die Nutzung pflanzlicher statt fossiler Rohstoffe. Die «Genom-Bearbeitung» scheint die ideale Lösung für globale Krisen wie Klimawandel und Welthunger zu versprechen – und die Erfüllung des Traums von der Herrschaft über die Natur durch Technologie.

Literatur: Böll, Thema 19-2: Neue Gentechnik – Die große Versuchung

Green New Deal

Die Wirtschafts- und Sozialreformen des «New Deal» waren die Antwort in den USA auf die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Angesichts der ökologischen und sozialen Krise soll der «Green New Deal», für den unter anderem die frischgebackene Kongressabgeordnete der Demokratischen Partei, Alexandria Ocasio-Cortez wirbt, durch den Übergang zu sauberen Energien eine Dekarbonisierung der Wirtschaft und den Abbau von Ungleichheit bringen, aber auch sozialökologische Veränderungen. Ocasio-Cortez ist eine Stimme des neuen, jungen und weiblichen Amerika nach Donald Trump.

Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete unmittelbar nach ihrem Amtsantritt einen «Green Deal», um Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Forderungen nach einer umfassenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sind in der Mainstream-Politik angekommen – auch wenn sehr unterschiedliche Perspektiven formuliert werden. Die Frage: Geht es dabei um einen «grünen Kapitalismus», um eine neue Wachstumsstrategie mit weniger Umweltzerstörung? Oder um einen Systemwandel, um eine gesellschaftliche Transformation? Und was kann Ocasio-Cortez, was will Ursula von der Leyen umsetzen?

Gutes Leben

Lange wurden alternative Lebensformen und Produktionsweisen als weltfremdes Nischenprodukt belächelt. Doch jetzt haben sie Zulauf, gelingt es den ‚Nischenpflanzen‘ doch zunehmend, den Beton der marode gewordenen Verhältnisse aufzubrechen und sich zu etablieren. Weltweit werden unterschiedliche Vorstellungen von «Gutem Leben» oder von «Buen vivir», wie es in den Andenländern debattiert wird, formuliert. Ständiges Wirtschaftswachstum, übermäßiger Konsum und Automobilität werden abgelehnt, stattdessen stehen Gebrauchswerte und das Verhältnis zur Natur im Mittelpunkt. Als emanzipative Alternativen zu einer «imperialen Lebensweise», einem schönen Leben auf Kosten anderer Weltregionen und ungerechter Verhältnisse, aber auch zu gängigen Nachhaltigkeitskonzepten bieten sie gelebte Globalisierungs- und Kapitalismuskritik.

Literatur: Ulrich Brand/Markus Wissen, Imperiale Lebensweise, oekom-verlag



Kipppunkt

Wenn der Suppenteller über den Tischrand kippt, ist alles zu spät. Bei komplexen Systemen wie dem Klima ist das weniger eindeutig. Der Disput über Kipppunkte spielt daher eine zentrale Rolle: Sind Veränderungen einzelner «Kippelemente» wie das Verschwinden des arktischen Meereises, das Auftauen der Permafrostböden oder Veränderungen des Golfstroms Teil eines unaufhaltsamen, unumkehrbaren «Umkippens» des globalen Klimas? Die Mehrheit der Klimaforscher*innen hält das für sehr unwahrscheinlich. Ob und wann so etwas eintritt, ist unbekannt, der Schaden wäre jedoch katastrophal. Die einzig sinnvolle Option: Vorbeugen, denn im globalen Klimasystem gibt es keinen neuen Teller.

Schwarze Null

Plötzlich ist jede Menge Geld da! Regierungen stecken Billionen in die Bewältigung der Auswirkungen der Coronakrise. Jahrelang wurde im Namen der Haushaltssanierung gespart, vor allem im Sozialbereich, bei der Bildung und der Gesundheit. Das rächt sich jetzt. Vorübergehend sind die «Schwarze Null» und die «Schuldenbremse» aufgehoben. Bislang gibt es aber noch wenig Anzeichen, dass die Krise genutzt wird für einen Einstieg in den Umstieg – für den Klimaschutz, für bessere Arbeitsbedingungen oder für eine bessere Vorsorge angesichts einer möglichen nächsten Epidemie. Lufthansa bekommt eine Milliardenhilfe ohne Auflagen, Madrid gibt Millionen aus für ein Krankenhaus, aber nicht für Personal, die Börsen sind auf einem Höhenflug. Ob der neue Schuldenberg zum Argument wird für ein «Weiter so» oder ob aus der Coronakrise Lehren für einen ökologischen und sozialen Umbau gezogen werden,

hängt von den weiteren Schritten ab: Stützen die Milliarden nur die alte fossile Wirtschaft oder auch zukunftsfähige Bereiche? Werden vorrangig private Investitionen gefördert oder öffentliche Güter und die «systemrelevanten Bereiche» der Gesellschaft? Und wer zahlt, wenn wieder auf die Schuldenbremse getreten wird?

Ökonomische Ungleichheit

Die Coronakrise hat zu einem Einbruch der gesellschaftlichen Wertschöpfung geführt. Viele Geschäfte mussten schließen, viele Menschen verloren ihre Arbeit oder hatten Einkommensverluste.

Doch für einige wenige wurde die Krise zur Bonanza: Die zehn reichsten Menschen weltweit, an ihrer Spitze Amazon-Chef Jeff Bezos, sind in der Krise um etwa 450 Milliarden Dollar reicher geworden.

Wenn Jeff Bezos oder der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz seit Beginn der Pandemie um einige Milliarden reicher geworden sind – welchen Unterschied macht das schon? Lässt sich ultrareich steigern? Drei Argumente, warum das etwas ausmacht:

Erstens: Geld ist Macht. Über Lobbyismus, politische Spenden, Stiftungen und hochbezahlte Rechtsanwälte gelingt es Ultrareichen, ihre Interessen stärker zur Geltung zu bringen als Normalbürger*innen. Dadurch legen sie die Grundlage für weiteren Reichtum.

Zweitens: Viele Menschen sind in der Krise ärmer geworden, mussten sich erzwungenermaßen einschränken, sparen, betteln, Kredite aufnehmen, Insolvenz anmelden ...



Daraus folgt drittens: Die Ungleichheit wird größer. Und nach Meinungsumfragen ist die wachsende Ungerechtigkeit eine der wichtigsten Triebkräfte für Protestbewegungen, Revolten und Eruptionen des Volkszorns, kurz: für Staats- und Demokratieverdrossenheit, die seit einem Jahrzehnt in immer neuen Wellen über die Erde rollen.

Hatten wir alles auch schon vorher? Richtig! Aber irgendwo wird es doch einen Kipppunkt geben?

Bewegungen

Freitag, 15. September 2020: Trotz Corona finden weltweit Demonstrationen von Fridays for Future (FFF) statt. Ihr Slogan «Wir sind bunt, wir sind laut ...» kennzeichnet viele der neuen Demonstrationen und Bewegungen vorwiegend junger Menschen – sie protestieren gegen Diskriminierung und Polizeigewalt, gegen Korruption und staatliche Selbstherrlichkeit, für wirksame Klimapolitik und Frauenrechte, für Verfassungsreformen und für einen «Systemwechsel». In Chile, Belarus, Thailand, Peru, den USA und andernorts. Unter #Hashtags sammeln sich vielfältige, oft heterogene Gruppen und Anliegen. Sie bringen Politik wieder auf die Straßen und spiegeln die Antagonismen. Neben Forderungen nach materieller Umverteilung und Bürgerrechten sieht die Philosophin Eva von Redecker bei vielen «die eigentliche Grundlage in der Kategorie des Lebens». Corona hat ihnen vorübergehend die Aufmerksamkeit streitig gemacht, die Räume verengt und es Regierungen ermöglicht, Proteste einzudämmen. Trotzdem machen sie weiter, so wie FFF. Denn ihre Anliegen sind durch Corona eher noch dringlicher geworden.

«Wir beobachten gerade einen neuen Typus der Mobilisierung, in dem es zwar auch um materielle Umverteilung und Bürgerrechte geht, aber in dem die Kategorie des Lebens die eigentliche Grundlage bildet.»

Eva von Redecker am 13. Oktober 2020 in der *literataz*

Digitalisierung – und es hat Zoom gemacht

Inzwischen haben auch jene Menschen, die keine Digital Natives sind und denen das Tablet nicht in die Wiege gelegt wurde, lernen müssen, dass der größte Teil des Lebens online oder in der Cloud stattfindet. Unterricht, Konferenzen, Arbeit, Einkaufen, Partnersuche. Die Digitalisierung wurde in die 5G-Dimension gebeamt. Das ermöglichte die Fortsetzung mancher Aktivitäten trotz Pandemie. Manche verbinden damit auch eine dauerhafte Senkung von CO₂-Emissionen, die im Flugverkehr 2020 stark abgenommen haben.

Damit verschwinden allerdings nicht die Probleme und Befürchtungen. Digitalisierung kann bei der Bekämpfung des Virus helfen – aber unter dem Vorwand, die Pandemie einzudämmen, können autoritäre Regime auch ihre Überwachung ausdehnen. Home Office und Industrie 4.0 stellen vertraute Arbeitswelten und Sicherheiten in Frage. Der Kampf zwischen China und den USA führt zu einer digitalen Spaltung der Welt – Adieu www. Allenthalben treibt das Fabelwesen Künstliche Intelligenz sein verlockendes, bedrohliches Unwesen. Zumindest Roboter sind noch annähernd vertraute Kreaturen.



Verschwörungsideologien

«Verschwörungserzählungen speisen sich aus der Annahme, dass als mächtig wahrgenommene Einzelpersonen oder Gruppen wichtige Ereignisse in der Welt beeinflussen und dabei die Bevölkerung über ihre Ziele im Dunkeln lassen. Dieser Verschwörungsglaube ist ein seit Jahrhunderten weltweit verbreitetes Phänomen. Besondere Wirkungsmacht entfaltet er in gesellschaftlichen Krisenzeiten, so auch während der Coronavirus-Pandemie 2020.»

Infoaktuell «Verschwörungstheorien», Bundeszentrale für Politische Bildung

Artenschwund und Pandemien

«In den vergangenen Jahrzehnten haben zoonotische Infektionskrankheiten bei Menschen stark zugenommen, also Krankheiten, die sowohl Tier als auch Mensch befallen können. Und sie werden weiter zunehmen. Warum das so ist? Wir zerstören die Lebensräume der Tiere, die Infektionsgefahr unter ihnen nimmt deutlich zu und damit steigt das Risiko auch für den Menschen. Wir betreiben Massentierhaltung und schaffen so einen geradezu idealen Nährboden für gefährliche Viren. Und wir handeln kommerziell mit Wildtieren, wodurch wir uns aktuell Covid 19 beschert haben. Die Wissenschaft weist auf diese Zusammenhänge schon sehr lange hin. Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, das endlich ernst zu nehmen.»

Simone Sommer, Evolutionsbiologin. In Böll.Thema 20-4: Die Natur braucht Schutz



Klimawendejahr?

Das Jahr 2020 sah bemerkenswerte Entwicklungen im Kampf gegen die Klimakrise:

Im Zuge der Coronakrise sank die Nachfrage nach Öl dramatisch, bis hin zu temporär negativen Ölpreisen in Texas. Der Preis erholte sich zwar wieder etwas, aber die Erwartungen bleiben dauerhaft unter den Preisen der Vorjahre.

Die Divestment-Bewegung – Geldanlagen aus fossilen Energien abzuziehen – nahm 2020 weiter an Fahrt auf. Nach Kohle ist jetzt Öl im Visier. Zahlreiche Geldanleger beschlossen Divestment und erhöhten den Druck auf die fossilen Konzerne.

Europäische Öl- und Gaskonzerne wie BP, Shell und Total kündigten den langfristigen Umbau an – weg von fossilen Energien. In BPs Flaggschiff-Publikation «BP Energy Outlook», die Szenarien für die zukünftige Ölnachfrage enthält, ist erstmals nicht von einem Wachstum die Rede. Branchenprimus Exxon hingegen will unverändert weiter auf fossile Energien setzen. Er verlor 2020 seinen Platz im amerikanischen Dow-Jones-Leitindex.

In rascher Folge kündigten Regierungen im Herbst 2020 neue, ambitionierte und langfristige Klimaziele an. Über 100 Länder, darunter China, Japan, Südkorea, Kanada, die EU, Südafrika, Chile und das Vereinigte Königreich haben Netto-Null-Emissionen für 2050 (China: 2060) geplant oder gar in Gesetze gegossen. Sorge macht dabei, dass die kurzfristigen Ziele für 2030 und die aktuell beschlossenen Politiken nicht zu diesen langfristigen Zielen passen. Auch, dass mit Netto-Null-Emissionszielen viel Schindluder getrieben werden kann, indem auf hoch problematische Technologien zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre gesetzt wird, statt die Emissionen rasch herunterzufahren.

Grund zum Aufatmen? Noch nicht, aber doch eine Ermutigung für 2021.

Uwe Hoering publiziert zu globalen Umwelt- und Entwicklungsthemen, unter anderem auf seinem Themendienst www.globe-spotting.de.





«Die
neuen
Wege
müssen
verstetigt
werden»



Text: Susanne Lang

Plötzlich ging alles schnell: Auf mehrspurigen Straßen waren gelbe Markierungen angebracht, Baustellenpoller trennten die äußerste rechte Fahrbahn von den anderen ab. Sie war nun den Berliner Fahrradfahrenden vorbehalten. Was laut Berliner Mobilitätsgesetz längst vorgesehen ist, aber in hitzigen Debatten zur Verkehrswende verschleppt wurde, gelang im April scheinbar mühelos. Viele Hauptstraßen sind seither für Radfahrende sicherer. Corona hat den plötzlichen Wandel möglich gemacht.

Die sogenannten Pop-up-Wege sind ein großer Erfolg in Sachen Verkehrswende. Auf insgesamt elf Kilometer erstrecken sie sich mittlerweile in Berlin, viele davon sind im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg entstanden. «Erneuerung kann nur mit innovativem Personal gelingen», sagt Monika Herrmann, grüne Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg. «Unser Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes hat in dieser Frage sehr gut mit dem Leiter der neuen Abteilung VI von Verkehrssenatorin Regine Günther zusammengearbeitet.» Beide hätten das Konzept entwickelt und mit der politischen Rückendeckung von ihr, der Bezirksbürgermeisterin, und der Senatorin umgesetzt, so Herrmann.

Die Umstände der Corona-Pandemie waren der Auslöser. Bereits im ersten Lockdown sind viele Menschen von öffentlichen Verkehrsmitteln aus gesundheitlichen Gründen auf das Fahrrad umgestiegen. Die schnelle Einführung sicherer Radwege, die mehr Platz bieten, sei eine Reaktion der Politik auf das veränderte Mobilitätsverhalten gewesen, so Herrmann. Der Senat hat sie angeordnet, die Bezirke setzen sie nun um.

Ziel ist es, die neuen Wege auch über die Pandemie hinaus zu verstetigen. Nachdem das Berliner Oberverwaltungsgericht im Oktober 2020 einen Eilantrag gegen die Pop-up-Wege abgelehnt hatte, steht dem nichts mehr im Wege. «Temporär waren die Wege von Anfang an nur in dem Sinne angelegt, als dass wir prüfen wollten, ob sie sicher sind oder ob wir eventuell nachbessern müssen.» Diese Phase sei nun abgeschlossen. Auch bei der Frage, wie die Wege zum ausreichenden Schutz für die Radfahrenden abgetrennt werden sollen, ist man sich nach langen Diskussionen einig. Auf Betonpoller wird verzichtet, stattdessen soll es Bodenschwellen geben, die aus Mexiko geliefert werden.

Andere Städte wie etwa München haben die temporären breiten Radspuren wieder rückgängig gemacht, obwohl Studien die gestiegene Sicherheit und Lebenszufriedenheit, die mit einer Verkehrswende einhergehen, längst bewiesen haben. Für Herrmann bleibt die Umsetzung eine Frage des politischen Willens. «Ich habe den Eindruck, alle Parteien außer die Grünen opponieren dagegen.» Die spontan entstandenen Spuren sind leider auch ein gutes Beispiel dafür.

Susanne Lang lebt als freie Journalistin und Redakteurin in Berlin.

«Noch ist alles offen»



Das Jahr 2020 hat die Welt verändert. Globale Machtverhältnisse und ökonomische Glaubenssätze sind ins Wanken geraten, soziale Ungleichheiten und ökologische Ungerechtigkeiten noch deutlicher zutage getreten. War 2020 ein echtes Umbruchsjahr – und wie sind die Ereignisse zu bewerten? Werden wir umsteuern, in der Finanz- und Klimapolitik? Und wohin geht Europa? Ein Gespräch mit dem Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, geführt am 16. Dezember 2020.

Interview: Jörg Haas Fotografie: Hermann Bredehorst

Fast alle Ihre Bücher handeln von Krisen und nicht selten sind Krisen auch Umbruchzeiten. Zeiten, in denen sich das Rad der Geschichte schneller zu drehen scheint als sonst. 2020 war ohne Zweifel ein Krisenjahr. Ist es auch ein Umbruchsjahr, wie es 1989 war?

Adam Tooze: Ich glaube, das Jahr 2020 ist mit 89, dem Jahr der Wende, nicht zu vergleichen. Unter anderem, weil die Konturen des damaligen Umbruchs sehr klar waren. Es ging um eine Mauer, es ging um den Eisernen Vorhang. Aber im vergangenen Jahr haben wir Dinge erlebt, die wirklich unvorstellbar waren. Noch 2019 haben wir – auch auf der Linken – Bewegungen wie Extinction Rebellion sehr kritisch hinterfragt, weil sie einen apokalyptischen Todeskult gepflegt haben und unter anderem den Stopp des Flugverkehrs forderten. Das war vielen Menschen sehr suspekt. In der Coronakrise passierte dann genau das: Für sieben, acht Monate wurden Flughäfen lahmgelegt, wie London Heathrow. Es war gespenstisch. ... Ja, das alles hätten wir uns niemals vorstellen können. Aber es ist noch offen, ob 2020 tatsächlich ein Umbruchsjahr sein wird. So klar wie 89 entwickelt sich die Geschichte im Moment nicht.

Auf jeden Fall war 2020 ein Krisenjahr, und zwar das einer globalen Krise, wie wir sie noch nie hatten. Ihre These: Diese Krise ist nicht nur eine der wiederkehrenden Krisen des modernen Kapitalismus, sie ist auch Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zwischen Mensch und Natur.

Bereits seit den 70er und 80er Jahren kennen wir Theorien, die davon ausgehen, dass zoonotische Viren für die Menschheit zu einer sehr akuten Bedrohung werden können. Und zwar in einem Zeitrhythmus, der viel schneller läuft als die Klimakrise. Hier rechnen wir in Jahren und Jahrzehnten, bei einer Pandemie geht es, wie wir mittlerweile wissen, um Stunden und Tage und Wochen. Im Grunde ist sie auch ein Symptom des aus dem Gleichgewicht geratenen Verhältnisses zwischen der Menschheit, der modernen urbanen Gesellschaft und ihrer natürlichen Umwelt.

Nun haben wir nach einem Dreivierteljahr bereits einen hoch effektiven Impfstoff. Ist nicht zu befürchten, dass die Menschen sich mit dieser Erfahrung sicher fühlen und sich sagen: Dank der modernen Wissenschaft werden wir diese neuen Gefahren binnen kürzester Zeit immer wieder beherrschen? Sieht sich der Mensch als Krone der Schöpfung bestätigt?

Wir müssen uns doch fragen: Warum war es notwendig, so auf die Wissenschaft zurückzugreifen? Und die Antwort darauf ist weniger erhaben. Alle Versuche, diese Krise über soziale Dis-

tanziierung in den Griff zu bekommen, sind im Westen kläglich gescheitert – und zwar flächendeckend. Und da sollte man sich nicht verhaken in einen Narzissmus der kleinen Unterschiede zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, den Vereinigten Staaten, den verschiedenen Bundesstaaten Amerikas. Im Grunde sind wir alle an diesem Problem gescheitert, und wir haben Glück, dass in diesem Fall tatsächlich eine Wunderwaffe zur Verfügung steht. Ich befürchte allerdings, die vorherrschende Reaktion wird ein «Weiter so» sein. Ich erwarte jedenfalls nicht, dass sich unser Ernährungssystem und unsere Landnutzung fundamental verändern werden. Das aber wäre notwendig.

Nun erleben wir gerade eine schwere zweite Welle in Europa und den USA, während in China die Wirtschaft wieder brummt. Wirken sich diese Unterschiede im Erfolg der Pandemiebekämpfung auf das globale Machtgefüge aus? Gibt es einen Umbruch in der Systemkonkurrenz zwischen China und den Staaten des Westens?

Ich denke, ja. Das Virus hat krachend bestätigt, was meines Erachtens sowieso schon klar war: Dass die globale Vorrangstellung des Westens beendet ist. Doch es hätte auch anders kommen können, und das wissen die Chinesen auch. Die politische Krise in China in der ersten Woche im Februar 2020 war sehr real. In der Zensur musste die Schraube enorm angezogen werden, Oppositionelle wurden massiv unter Druck gesetzt. Aber China ist es gelungen, einer Katastrophe zu entgehen. Und wir im Westen haben dabei kräftig nachgeholfen. Unsere Blamage in der Bekämpfung der Pandemie hat nicht nur uns diskreditiert, wir haben dadurch die Position Pekings auch noch enorm gestärkt. Der Westen hat einen sehr schweren Schlag einstecken müssen, dessen Folgen noch viele Jahre zu spüren sein werden.

Konnte China mit seiner «Maskendiplomatie» tatsächlich punkten?

Die ersten plumpen Versuche Pekings, seinen Vorteil im Frühjahr auszunutzen, sind gerade in Europa, aber auch unter den asiatischen Nachbarn auf sehr wenig Resonanz gestoßen. Wenn wir uns die Umfragen ansehen, dann ist klar, dass es in der weltweiten öffentlichen Meinung in diesem Jahr einen Umschwung gegen China gibt.

Das aber kann man für große Teile Afrikas und Lateinamerikas schon wieder nicht sagen.

Nein, denn dort gibt es Bedürfnisse, die das chinesische Regime bedienen kann. Vermutlich wird die Mehrheit der Menschheit nicht mit westlichen, sondern mit chinesischen Impfstoffen bedient werden, die relativ zeitgleich auf sehr viel klassischerem Weg entwickelt wurden. Die sind bereits in der dritten Phase

der Tests, zum Teil auch schon erprobt und sie werden auch angenommen. In Indonesien, in der Türkei, in Afrika und Lateinamerika wird man auf jeden Fall zu chinesischen Impfstoffen greifen, weil die westlichen einfach zu teuer sind. Und nicht zuletzt, weil wir die Impfstoffe selber brauchen – während das bei den Chinesen nicht der Fall ist.

Hat die USA nicht ein Machtinstrument in der Hand – in Form des Dollars als Weltwährung? Die amerikanische Zentralbank, die «Fed», ist nach wie vor die Schaltzentrale der globalen Geldpolitik.

Wenn es einen Teil der amerikanischen Machtpolitik gibt, der über die letzten Jahrzehnte relativ funktional operiert hat – gewinnbringend für den amerikanischen Kapitalismus, aber auch seine Partner weltweit –, dann ist es die Geldpolitik. Der Dollar ist nach wie vor Weltwährung. Er wird von privaten Akteuren, von Bankiers und Unternehmen weltweit verwendet, unter anderem auch von chinesischen Banken und Unternehmen. Und die Fed hat sich als ein sehr großzügiger Hegemon erwiesen. Wenn es nützt, schaffen die Amerikaner ohne großes Hinterfragen Liquidität, um die Stabilität dieses Systems aufrechtzuerhalten. Und da sind sie konkurrenzlos. Die Europäische Zentralbank und der Euro haben nicht die gleiche Reichweite, und das Netzwerk der Liquiditäts-Linien der chinesischen Zentralbank ist nicht zu vergleichen mit den Mitteln der Fed.

Warum nützt den Vereinigten Staaten dieser Vorteil so wenig im Wettstreit um die Gunst des globalen Südens?

Die Vereinigten Staaten haben 2018 tatsächlich eine neue Entwicklungsbank gegründet, um mit China zu konkurrieren. Die Kanadier und Australier übrigens auch. Aber ihre Bilanzen sind beschränkt und es geht vor allem darum, nach dem Muster der sogenannten «blended finance», private Mittel zu mobilisieren. Das Gleiche gilt übrigens auch für Vorschläge wie den deutschen Marshallplan mit Afrika. Das private Geld aber fließt selbst mit staatlicher Unterstützung vor allem in Schwellenländer und nicht in die ärmsten Entwicklungsländer.

Nun sind ja zahlreiche Staaten des globalen Südens durch die Coronakrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie brauchen einen Erlass, oder wenigstens eine Stundung ihrer Schulden.

Wir befinden uns im Moment in der Schuldenerlass-Politik in einem komplizierten Dreiecksverhältnis der Gläubiger. Auf der einen Seite stehen die Ansprüche der privaten Gläubiger in Europa, Asien und Amerika – auf der anderen Seite, neu und groß, die Ansprüche der chinesischen Kreditgeber, alle unter dem Dach einer chinesischen Politik. Und als dritten Partner haben wir die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen in Europa und den Vereinigten Staaten, von denen gefordert wird – aus sehr gutem Grund –, dass sie als Erste den Schritt zu einem großzügigen Schuldenerlass tun. Und das ist natürlich ein verzwicktes Spiel. Wer macht zuerst die großen Konzessionen? Wie transparent verfährt man? Das ist eines der Probleme, das im Jahr 2021 ausgehandelt werden muss, mit einer Administration

in Washington, die zum ersten Mal bei diesem Problem wirklich konstruktiv eingreifen wird.

Mein Eindruck ist, dass sich auch im Bereich der Geldpolitik ein Umbruch andeutet. Die Fed hat jetzt angekündigt, Mitglied im Netzwerk für die Begründung des Finanzsystems werden zu wollen. Dieses Netzwerk von Zentralbanken und anderen Finanzinstitutionen wurde 2015 im Jahr des Pariser Abkommens gegründet.

Lange Zeit wäre das aus politischen Gründen unmöglich gewesen und es ist ziemlich bezeichnend, dass die Fed jetzt – in den Tagen nach der endgültigen Entscheidung der Mehrheit der Republikaner, den Wahlerfolg Bidens anzuerkennen – ankündigt, mit von der Partie sein zu wollen. Und die Frage ist auch, wie weit das tatsächlich geht. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail, nicht nur auf amerikanischer Seite, sondern auch in Europa. Es kündigt sich jetzt schon Widerstand an seitens der Bundesbank. Sie will die Versuche der Europäischen Zentralbank bremsen, hier eine führende Rolle zu spielen. Es geht um technische Fragen, aber es geht auch um eine ganz grundsätzliche Frage: Wofür sind Zentralbanken da? Haben sie nur eine defensive Funktion in dem Sinne, dass sie für die Preisstabilität zuständig sind?

Welche Rolle müssen denn Ihrer Ansicht nach die Zentralbanken bei der Bewältigung der Klimakrise spielen?

Die Aufrechterhaltung des bestehenden Finanzsystems – unter anderem durch die Stabilisierung des Preisniveaus – trägt zur dynamischen Entfaltung des fossilen Wirtschaftssystems bei. Im Moment betreiben die Zentralbanken durch ihre Absicherung der Kreditmärkte, die auch für die Öl-, Gas- und Kohleindustrie offen sind, de facto nach wie vor eine Status-quo- und deshalb umweltzerstörende Politik. Es reicht nicht, dass die Zentralbanken passiv zusehen und sich gegen Risiken absichern. Sie müssen bewusst umsteuern, denn wir müssen dieses gesamte Wirtschaftssystem im Eiltempo umpolen.

Und das ist jetzt der Punkt: Geht es bei den aktuellen Diskussionen der Europäischen Zentralbank um Greenwashing, im Grunde um repressive Toleranz, um es mit den 68ern zu sagen? Nach dem Motto: Klima ist ein ganz wichtiges Thema, aber bleiben wir seriös? Oder geht es wirklich darum, zu sagen: Ja, wir befinden uns in einem Notstand und wir müssen handeln?

Gehen wir zur Klimapolitik. Europa ist hier vorangegangen, doch Chinas Präsident Xi Jinping sorgte 2020 für einen Paukenschlag. Vor der UN-Generalversammlung im September kündigte er an, bis zum Jahr 2060 Netto-Null-Emissionen für sein Land erreichen zu wollen. Daraufhin formulierten Japan und Korea dasselbe Ziel für das Jahr 2050. Schließlich wurde Biden zum neuen Präsidenten der USA gewählt. Stehen wir vor einem Umbruch, einem Kipppunkt in der globalen Klimapolitik?

Es sieht so aus. Ich war sehr überrascht von den Ankündigungen, die aus China kamen. Es hat viele überrascht, auch wenn es im Vorfeld ein paar Andeutungen gab.

«In der Klimafrage wird entscheidend sein, ob die Vorreiterstaaten den Rest der Menschheit, insbesondere die anderen großen Schwellenländer, mitnehmen können.»



Chinas Ankündigung hat dann ja auch Europa in Zugzwang gebracht, als im Dezember im Europäischen Rat die Entscheidung anstand, das europäische Klimaziel auf 55 Prozent anzuheben.

Die Europäer sind in der Klimapolitik ja traditionell Vorreiter. Die Europäische Kommission hatte dieses Klimaziel im Vorfeld vorgeschlagen, was aber auf harten Widerstand insbesondere Polens stieß. In den Verhandlungen im Europäischen Rat wurde den Polen dann klargemacht, dass es bis zum frühen Morgen einen Deal geben muss, und zwar einen, der auf die 55 Prozent hinausläuft, weil es sonst für Europa peinlich wäre.

Wie schätzen Sie die Haltung der USA ein?

Von der Politik in Amerika sollte man sich nicht allzu viel versprechen. Die Biden-Administration macht zwar ernst mit der Klimapolitik, sie muss aber im Kongress mit Widerstand rechnen. Mit ihren äußerst knappen Mehrheiten wird sie mit großen Initiativen vorsichtig vorgehen. Bei Regulierungsfragen entscheiden letztendlich die Gerichte, und die sind mehr denn je unternehmerfreundlich orientiert. Das Einzige, auf was in Amerika wirklich zu vertrauen ist, sind die ökonomischen und technologischen Veränderungen. Und die sind mittlerweile rasant und dramatisch. Es ist einfach nicht mehr rentabel, mit Kohle Strom zu erzeugen und innerhalb von wenigen Jahren vermutlich auch nicht mehr mit Gas, außer als Reserve. Tesla ist der Marktschlagler. Elon Musk der reichste Mann der Welt. Das macht Eindruck.

Inwiefern aber verändern die Ankündigungen Chinas, Südkoreas und Japans in enger Folge – auch mit Blick auf die gesteigerten Ambitionen Europas – doch die gesamte Balance?

Ich denke, wir treten damit tatsächlich in eine neue Phase der globalen Klimapolitik. Zum ersten Mal verpflichtet sich der größte Emittent – heute ist das China – tatsächlich zur Dekarbonisierung. Das war unter keinem der vorgehenden Regime der Fall, bis zurück zu Kyoto, als am Ende die Amerikaner als größte Emittenten nicht mit von der Partie waren. 2020 ist das Jahr, in dem wir diesen fundamentalen Wandel haben. Und das ist ungeheuer wichtig.

Die Frage ist nur: Ist es zu spät? Können wir noch schnell genug umsteuern?

Der entscheidende Punkt wird sein, ob die Vorreiterstaaten den Rest der Menschheit, insbesondere die anderen größeren Staaten, mitnehmen können. Und da denken wir vor allem an die großen Schwellenländer, Länder wie die Türkei, die Philippinen, Indonesien, Brasilien. Wenn man sich die CO₂-Zahlen ansieht, dann ist in diesen Ländern das Wachstum der Emissionen mittlerweile am schnellsten. Und dort stehen nun sehr schwerwiegende energiepolitische Entscheidungen an – auf einem Einkommensniveau, das einem Viertel oder einem Fünftel des europäischen Niveaus entspricht.

Welche Szenarien sind denkbar, wenn wir diese Länder nicht mitnehmen können?

Zum Beispiel könnte sich eine Gruppe von Schwellenländern mit mittlerem Einkommen mit fossilen Energielieferanten zusammenschließen zu einem Block, der nicht ohne Weiteres zu knacken ist.

Könnte sich ein solcher Block wirklich dem Sog der technologischen Dynamik entziehen, die von den großen Ökonomien Chinas, der USA, Europas und Japans ausgehen wird? Man kann mit den alten Technologien noch eine Menge Schaden anrichten, aber vorn mitspielen tut man damit nicht. Und es gibt das Szenario von klimabezogenen Handelsrestriktionen – die Debatte über den Ausgleich von CO₂-Preisen an den Grenzen der EU steht ja schon auf der Tagesordnung. Und zuletzt noch der Herdentrieb der Finanzmärkte, die auch immer weniger von fossilen Energien wissen wollen. Könnte uns das hoffen lassen?

Man mag hoffen, dass es so kommt, aber wir wissen, dass die Entwicklung weltweit ungeheuer unterschiedlich ist. Es ist nicht klar, dass diese Vorstellung ohne Weiteres funktioniert. Das heißt natürlich nicht, dass mit dieser technologischen Dynamik nicht ein sehr großer Teil, vielleicht sogar der größte Teil der Emissionen tatsächlich runtergefahren werden kann. Das Problem ist: Wie groß ist der Rest, und können wir uns den angesichts des schwindenden CO₂-Budgets noch leisten?

Und vor allem: Was sind die Konsequenzen eines ambitionierten Klimaschutzes für große Teile der Menschheit, deren Entwicklungsstandard natürlich nach wie vor ungeheuer niedrig ist? Es gibt ein Win-win-Szenario, in dem Wind und Solar so billig sind, dass sie zum allerersten Mal die Elektrifizierung von großen Teilen der Welt durchgehend ermöglichen. Aber gerade im Verkehrssektor und in der Schwerindustrie sind wir noch nicht so weit, sind die klimafreundlichen Optionen noch teuer.

Müssen wir angesichts dieser Herausforderung vielleicht eher auf Zeiten wie den Zweiten Weltkrieg schauen, als die USA ihre Privatwirtschaft zu einer ungeheuren produktiven Anstrengung mobilisiert, gesteuert und über die Zentralbank auch finanziert hat?

Um die Coronakrise zu bewältigen, haben wir zu finanzpolitischen Mitteln gegriffen, die kriegswirtschaftliche Ausmaße haben. Amerika fährt in diesem Jahr ein Haushaltsdefizit von achtzehn Prozent des Bruttosozialproduktes ein. Das sind für Amerika tatsächlich Anstrengungen im Ausmaße des Zweiten Weltkriegs. Aber wofür wurden diese Mittel verwendet? Im Grunde, um die bestehende Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Unter anderem für Arbeitslosengeld, für die Unterstützung von Kleinbetrieben und für großzügige Steuererlasse. Es war eine vertane Gelegenheit für die Energiewende.

Billionen für die Finanzmärkte – und wie viel für zukunftsorientierte Investitionen und den Klimaschutz?

Parallel läuft in den USA die eher industriepolitisch orientierte Debatte über Energiepolitik und Infrastruktur. Aber da geht es auf einmal nicht mehr um Billionen. Da geht es, wenn es hochkommt, um Hunderte Milliarden. Meist weniger als das, auch bei der Impfstoffentwicklung, wo wir von etwa zehn Milliarden Dollar sprechen. Es herrscht immer noch eine große Kluft zwischen diesen beiden Dimensionen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und ein Anliegen müsste eigentlich sein, sie zusammenzuführen.

Das war ja das Anliegen des Green New Deal von Alexandria Ocasio-Cortez, Bernie Sanders, Ed Markey in den Vereinigten Staaten – im Grunde ein sozialdemokratisches Programm der umfassenden gesellschaftspolitischen Erneuerung Amerikas, unter dem Vorzeichen einer ökologischen Politik ...

... aber das wird sich nicht realisieren lassen und es ist meiner Meinung nach auch nicht unbedingt zwingend, wenn wir uns auf das Klimaproblem konzentrieren. Die meisten Berechnungen für einen durchaus ambitionierten Energiewendepfad laufen darauf hinaus, dass ein jährlicher Investitionsschub im Rahmen von drei bis fünf Prozent des globalen Bruttosozialprodukts gut und gerne ausreichen würde, um uns viel besser zu stellen, als wir im Moment dastehen. Wir schaffen so nicht unbedingt die 1,5 Grad, aber trotzdem würden wir uns deutlich in die richtige Richtung bewegen. Und das entspricht nicht den Anstrengungen eines Weltkrieges, das sind die eines Kalten Krieges. Das sind die Verteidigungsausgaben eines mehr oder weniger ambitionierten NATO-Mitglieds wie der Bundesrepublik unter Helmut Kohl in den 80er Jahren. Wenn man drei bis vier Prozent des Bruttosozialprodukts für den Klimaschutz von staatlicher Seite ausgeben würde, wäre man in diesem Rahmen. Das kann man gut und gerne über Jahrzehnte hinweg aufrecht erhalten.

Sie sind beim Thema Europa gelandet. Auch Europa ist schwer ins Schleudern geraten in diesem Jahr. Europa hat aber in der Krise auch ganz große Schritte nach vorne gemacht. Umbruch in Europa – was passiert da gerade?

Ich würde drei Dimensionen nennen: Die erste ist eine sozialpolitische in dem Sinne, dass es in Europa durch Kurzarbeit mehr oder weniger flächendeckend gelungen ist, eine beispiellose Arbeitslosigkeit abzuwenden. Der europäische Sozialstaat hat sich bewährt in diesem Moment, und das ist gerade auch im Hinblick auf die Energiewende nicht ganz unwesentlich, wenn wir den Menschen die Angst vor dem Fall ins Bodenlose nehmen wollen. Wir müssen einfach nur über den Atlantik schauen, um zu sehen, wie es auch in Europa hätte aussehen können, wenn wir dieses Modell nicht hätten. Die Leute stehen in Zehntausenden für Lebensmittel an. Es ist wirklich eine brutale soziale Krise, die sich hier über den Winter entfaltet hat.

Die zweite Dimension?

Das ist die Fiskalpolitik, da sah es natürlich erst nicht gut aus. Es sah so aus, als wären wir wieder im Eurozonen-Grabenkrieg, der sich im Grunde seit 2010 hinzieht. Die gleichen Probleme: Lastenteilung zwischen den Ländern, finanzpolitische Disziplin, die Möglichkeit, gemeinsame Coronabonds aufzulegen. Die Rollen ähnlich verteilt wie immer: die Deutschen, die Niederlande und das Baltikum gegen die Südländer.

Das hat sich dann ja aufgelöst ...

... unter anderem natürlich durch die Entscheidung des Merkel-Kanzleramts, grünes Licht zu geben und sehr konkret an einer gemeinsamen Finanzierung über den EU-Haushalt zu arbeiten. Das ist schon einiges, und das setzt wirklich ein Zeichen. Das wurde auch von den Märkten entsprechend belohnt. Man muss der europäischen Politik zugutehalten, dass sie angesichts dieser Krise Handlungsfähigkeit bewiesen hat.

Und sie hat trotz der Coronakrise immer noch den Kurs Richtung Green Deal gehalten.

Das wäre die dritte Dimension, die man nicht ohne Weiteres voraussetzen kann. Amerika hat ein finanzpolitisches Programm aufgelegt, das ungefähr zweimal so groß ist wie das Europas, aber es ist ein reines Krisenpaket zur Abfederung der Auswirkungen der Coronakrise. Es hat tendenziell die Wirkung gehabt, die fossilen Sektoren nochmal zu stützen, als sie aufgrund des Verfalls des Ölpreises notleidend wurden. Aber in Europa hat man es geschafft, das Steuerruder zu halten mit Kurs auf den Green Deal. Es ist kein radikales Paket. Aber es ist trotzdem eine neuartige Politik. Man hat nicht aufgegeben, als in den Dezember-Verhandlungen im Europäischen Rat die Rechtsstaatsfragen mit Polen und Ungarn und die Budgetfragen auf Messers Schneide ausgehandelt wurden. Man hat weiter durchgearbeitet, bis auch das grüne Thema abgearbeitet war. Dass ein solches Paket geschnürt worden ist, das ist ein absolutes Novum in der Geschichte der EU. Und das ist wegweisend.

Adam Tooze hat den Lehrstuhl für Geschichte an der Columbia University (New York) inne und ist Direktor des European Institute. Seine wichtigsten Bücher befassen sich mit der Finanzkrise von 2008 und ihren Folgen, der Ökonomie des Naziregimes und der globalen Wirtschaftsgeschichte 1916-31.

Jörg Haas ist Referent für Internationale Politik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Schöne neue multipolare Welt?

Mit dem Bedeutungsverlust des Westens verändert sich das Machtgefüge auf der Welt. Aber bedeutet diese Verschiebung tatsächlich mehr Teilhabe für die Länder des globalen Südens und Osteuropas? Für Böll.Thema versuchen vier bedeutende Intellektuelle, Antworten auf diese Frage zu finden.

Die neue globale Unordnung



Aus Delhi: Sunita Narain

Eigentlich ist nun Zeit für die Welt, zusammenzukommen. Stattdessen fällt sie auseinander. Eigentlich ist nun Zeit, dass globale Institutionen ihre Stimme laut erheben. Stattdessen sind sie nun am leisesten. Eigentlich ist nun eine Zeit der Zusammenarbeit und des Vertrauens, damit lokales und globales Handeln wirksam und sinnvoll sein kann. Stattdessen ist eine parteiische, spalterische und verletzende Politik vorherrschend – zwischen und innerhalb von Nationen. Bei vielen Krisen, vor denen wir heute stehen – von Luftverschmutzung über Klimawandel bis hin zum tödlichen Coronavirus –, geht es um Schadstoffe und Viren, die keine Grenzen kennen. Diese vielfältigen Herausforderungen bezeugen die dringende Notwendigkeit globalen Handelns.

Wir befinden uns an einem Scheidepunkt der Weltgeschichte. Die wichtigste globale Institution sind die nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufenen Vereinten Nationen. Sie brachten seither eine Vielzahl an Agenturen und Vereinbarungen hervor. Doch diese haben im Lauf der Jahre fatale Fehler begangen, haben nie offen der Macht die Stirn geboten und stehen heute kurz davor, an der eigenen Bürokratie und an immer stärkeren Budgetbeschränkungen zu ersticken.

Zudem streiten nun die Mächte wie Hund und Katz um die um globale Vorherrschaft – China gegen den Rest der Welt. Dabei geht es nicht nur um Handel, sondern auch um eine neue globale Ordnung (oder Unordnung). Klar ist, dass China massive Terraingewinne in der Weltwirtschaft gelungen sind, und zwar sowohl in der armen als auch in der reichen Welt. China hat auch keine Skrupel, Angst und Zwang als Mittel zum Zweck einzusetzen.

Ich hoffe, die Antwort ist klar: Wenn wir die Schwächen der Demokratie beheben wollen, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Das wiederum bedeutet, sowohl in die lokale als auch in die globale Gemeinschaft zu investieren. Es geht um Zusammenhalt, der der Welt Sicherheit bietet, vor allem aber geht es darum, Demokratie und Menschen- und Umweltrechte in den Mittelpunkt unseres globalen Handelns zu stellen. Nichts weniger als das dürfen wir akzeptieren. Weder heute noch morgen.

Sunita Narain ist eine indische Publizistin und Umweltschützerin. Sie ist Leiterin des Centre for Science and Environment (CSE) und Herausgeberin der Zeitschrift *Down to Earth*.

Diese Krise ist ein Weckruf



Aus Benin City: Nnimmo Bassey

Unser Umgang mit der Covid-19-Krise verdeutlicht vor allem, dass die Welt nicht für globales, solidarisches Handeln bereit ist. Nationalstaaten sind weitgehend in der Vorstellung gefangen, dass sich die Krise innerhalb ihrer nationalen Grenzen eindämmen lässt – und ignorieren dabei schlichtweg die Tatsache, dass die Pandemie ein globales Phänomen ist. Staaten, die erst einmal in solchen beherrschenden Narrativen und Gegenarrativen gefangen sind, geraten leicht in einen Sumpf, aus dem nur schwer wieder zu entkommen ist.

In einer Situation, in der man sich umso schneller auf die richtigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie hätte einigen müssen, verfiel man stattdessen in gegenseitige Schuldzuweisungen und versäumte so wichtige Chancen – auch durch egoistische Interessen und Machtpolitik. Verschärft wurde dieses Versagen noch durch nationale und internationale Ungleichheiten. Dazu gehört das gesteigerte Interesse von Unternehmern und Finanzspekulanten, die in der Pandemie vor allem eine Gelegenheit sehen, sich mittels der Angst, Panik und dem Schmerz der Menschen ein dickes Stück vom Kapitalkuchen zu sichern.

Die Produktion und Verteilungsmuster der Covid-19-Impfstoffe haben das globale Machtgefälle verschärft, verfestigt und drastisch bloßgelegt. Reiche Nationen hamstern die ersten Chargen des Impfstoffs, während ärmere Nationen zu Monaten, wenn nicht Jahren des Wartens verdammt sind, bevor sie auf die benötigten Dosen hoffen können. Eine globale Pandemie erfordert jedoch

einen globalen Masterplan und eine weltweite Strategie. Ängste vor globaler Kontrolle und Freiheitseinschränkung ändern nichts an der Tatsache, dass nationales Handeln allein die von der Wissenschaft geforderten Maßnahmen nicht umsetzen kann. Vielmehr müssen umfassende globale Ziele gesetzt und gemeinsame, jedoch differenzierte (verbindliche) Verantwortlichkeiten zugewiesen werden – genau wie auch bei der Klimakrise.

Schon in den ersten Tagen nach Auftreten des neuartigen Coronavirus bot die globale Finanzpolitik ein interessantes Szenario: Die Kredite, die verschuldete Nationen bei internationalen Finanzinstitutionen aufgenommen hatten, wurden eher gestundet als erlassen. Einige Nationen werden daher in große finanzielle und wirtschaftliche Probleme geraten, sobald die Pandemie abebbt und eine neue Normalität einkehrt.

Es ist dringend notwendig, zu betonen, wie universal diese Herausforderung ist und wie wichtig es ist, Solidarität zu stiften und ganzheitliche globale Bemühungen anzustrengen. Diese Krise scheint ein perfektes Beispiel für die Schock-Doktrin zu sein, ein Szenario voller Gelegenheiten, sich Macht zu verschaffen und Geld zu scheffeln. Eine globale Solidarität würde helfen, diese Tendenzen einzudämmen und allen eine echte Chance im Kampf gegen das Virus zu geben ... Das Prinzip «Global Governance» muss nun beschleunigt vorangetrieben werden, wenn wir die Menschheit erhalten wollen. Das tun wir zum Beispiel, indem wir Lebensräume retten und der Versuchung widerstehen, auf extreme technologische Ansätze wie neuartige Gentechnik und sogar Geoengineering zu setzen. Diese Krise ist ein Weckruf, der einen Paradigmenwechsel erfordert: von der Ausbeutung der Natur hin zur Gemeinschaft mit der Natur. Wir brauchen eine Transformation innerhalb der Grenzen dessen, was unser Planet aushalten kann.

Nnimmo Bassey ist ein nigerianischer Architekt und Schriftsteller. Er ist Direktor des ökologischen Thinktanks Health of Mother Earth Foundation (HOMEF). 2010 erhielt er den «Right Livelihood Award» (Alternativen Nobelpreis).

Rasante Veränderung ins Ungewisse



Aus Rio de Janeiro: Adriana Abdenur

Die globale Ordnung bewegt sich immer schneller auf eine instabile, asymmetrische Multipolarität zu und bedroht den Stellenwert der Demokratie als Pfeiler eines regelbasierten Regierungssystems. Dass sich die Welt rasant verändert, ist klar. Ungewiss ist, in welche Richtung – und ob dieser Wandel unbedingt zu mehr Gerechtigkeit führen muss.

Die Rolle der Demokratie in der Global Governance ist in zweierlei Hinsicht gefährdet. Erstens wird der ohnehin noch nie perfekte demokratische Charakter des etablierten Regierungssystems immer schneller ausgehöhlt. Während der Präsidentschaft von Donald Trump haben die Vereinigten Staaten, der historisch größte Beitragszahler der UN, diese unnachgiebig zu schwächen versucht – einschließlich des Pariser Klimaabkommens, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Welthandelsorganisation (WTO). Und alte Forderungen nach wichtigen strukturellen Veränderungen in Richtung einer stärkeren Demokratie, wie zum Beispiel die Reform des UN-Sicherheitsrates, wurden von den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates konsequent beiseitegeschoben – auch wenn der Generalsekretär in anderen Teilen des Systems eine Reihe organisatorischer Veränderungen vorantreibt. Derweil üben China und Russland weiterhin autoritären Einfluss auf das UN-System aus und tragen ihrerseits auch zur Lähmung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur bei. Statt also bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, häufen die

Institutionen der Global Governance derzeit zusätzliche an.

Darüber verfällt die Demokratie als grundlegendes gesellschaftliches Organisationsprinzip immer mehr, sowohl auf nationaler als auch auf zwischenstaatlicher Ebene. In vielen Ländern, in denen man die Demokratie für einigermaßen etabliert hielt, schränken heute autoritäre Führungsfiguren den Raum für die Zivilgesellschaft immer stärker ein, indem sie zum Beispiel NGOs finanziell ausbluten lassen oder kriminalisieren. Zu den beliebtesten Mitteln der Demokratieschwächung zählt dabei das Leugnen von Wissenschaft und Klimawandel: Im Cyberspace sorgen Geheimdienste, aber auch die nach wie vor schlecht regulierten und immer mächtigeren Social-Media-Unternehmen für die Verbreitung von Fake News und polarisierenden Nachrichten. Längst gerät das Konzept der Menschenrechte selbst unter Beschuss, was sich in zunehmender Gewalt und Drohungen gegen Aktivist*innen äußert. Und sogar während wichtiger Debatten des Menschenrechtsrats sind vermehrt autoritäre Töne zu hören.

Wo aber können wir in diesem beunruhigenden Szenario noch Lichtblicke entdecken? Obwohl die amerikanische Demokratie bei Weitem nicht perfekt ist, wäre es ein Zeichen demokratischer Widerstandsfähigkeit, wenn die Vereinigten Staaten das dunkle Erbe der Trump-Präsidentschaft erfolgreich überwinden könnten. Zudem gibt es die starke Hoffnung, dass die Europäische Union trotz des Brexit ihre Rolle als Pfeiler eines regelbasierten Global-Governance-Systems weiter ausbauen wird. Auch kleinere Staaten können weiterhin ihre Ressourcen bündeln und Strategien koordinieren, um den Multilateralismus nicht nur zu nutzen, sondern auch am Leben zu erhalten – etwa so, wie es die kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) bei der Klimaagenda bewiesen haben. Und schließlich ließe sich unter Nutzung des beispiellosen Engagements der Zivilgesellschaft und des Privatsektors im UN75-Prozess nach Wegen suchen, ein inklusiveres und gerechteres multilaterales System zu gestalten. Getreu dem Motto «Build Back Better».

Dr. Adriana Erthal Abdenur ist leitende Direktorin der Plataforma CIPÓ, einem in Brasilien beheimateten, von Frauen geführten Institut, das sich mit Fragen des Klimaschutzes, der Politik und des Friedens beschäftigt.

Ein «hybrides» System entsteht



Aus Moskau: Andrey Kortunov

Bewegt sich die Welt auf ein multipolares internationales System zu? In mancher Hinsicht sicherlich: Das internationale Machtgefüge nimmt neue Dimensionen an und wird diffuser, alte Hierarchien bröckeln, starre Bündnisse der Vergangenheit weichen eher spontanen Zweckbündnissen der Zukunft. Klar ist auch, dass die Covid-19-Pandemie diese Verlagerung weg vom unipolaren System beschleunigt hat, indem sie das soziale und politische Modell der USA als Sinnbild der Moderne in Frage stellt. Nun kann man freilich argumentieren, dass wir anstelle von «Multipolarität» eher von «Polyzentrismus» sprechen sollten, da die sogenannten «Pole» höchst ungleich sind, sich ohnehin kaum vergleichen lassen, und wir uns nie darauf einigen werden, wie viele «Pole» das neu entstehende System denn genau enthält.

Es ist aber auch klar, dass angesichts der enormen Kapazitäten der USA und Chinas sowie des aktuellen Negativtrends in den Beziehungen zwischen den beiden Mächten dieses neue System zumindest gewisse Elemente der Bipolarität enthalten wird. Diese lässt sich abmildern, wird aber nicht vollständig verschwinden. Zuletzt darf man nicht unterschätzen, wie widerstandsfähig und flexibel die USA und ihr System nach wie vor sind. Insgesamt werden wir es wahrscheinlich mit einem «hybriden» System mit unipolaren, bipolaren und multipolaren Elementen zu tun haben.

Ich bin jedoch nicht der Meinung, dass wir unsere Überlegungen zur Entwicklung des internationalen Systems in erster Li-

nie auf diesen einen Aspekt konzentrieren sollten. Die Anzahl der «Pole» oder «Zentren» ist zwar von Bedeutung, noch weitaus wichtiger ist jedoch die Art der Beziehungen zwischen diesen «Polen». Wenn von einer «multipolaren Welt» die Rede ist, wird in der Regel ein gegensätzliches Verhältnis zwischen den Polen impliziert. In diesem Sinne gibt es gar keinen großen Unterschied zwischen einem multipolaren und bipolaren System. Ersteres könnte aufgrund der größeren Anzahl autonomer Akteure sogar noch unbeständiger und gefährlicher sein als ein bipolares System.

Die Herausforderung besteht darin, anstelle einer multipolaren Ordnung ein multilaterales System aufzubauen, das auf Interessenausgleich beruht statt auf einem reinen Mächtegleichgewicht. Die einzige Lösung, um eine in nicht allzu ferner Zukunft drohende globale Katastrophe abzuwenden, ist echter Multilateralismus, nicht nur der Anschein davon. Der Druck gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen sowie die Chancen, die sich aus der laufenden technologischen Revolution ergeben, erfordern Multilateralismus. Leider hat uns Covid-19 nicht auf diesen Weg gebracht, sondern im Gegenteil in einigen Ländern wieder atavistische unilateralistische Instinkte gefestigt – und zwar nicht nur in illiberalen Autokratien, sondern auch in freiheitlichen Demokratien. Die Menschheit hat die Prüfung des Coronavirus bisher leider nicht bestanden. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Vielleicht bringt das Jahr 2021 ja den Wendepunkt.

Dr. Andrey Kortunov ist Generaldirektor des Russian International Affairs Council (RIAC) in Moskau. Als Historiker lehrte er weltweit an verschiedenen Universitäten, unter anderem in Berkeley.

Die Hungerkrise in den finsternen Monaten des Lockdowns macht eines besonders deutlich: Südafrika muss sein Ernährungssystem langfristig verändern, wenn es seine Bürger*innen auf Dauer gut und richtig versorgen will. Im Arbeiterviertel Bonteheuwel in Kapstadt übernehmen das derweil Henriette Abrahams und ihre Mitstreiter*innen. Sie können und wollen nicht mehr warten, bis der Staat endlich etwas tut.

Backen für eine bessere Zukunft

▼ Kinder pflanzen Setzlinge



Text: Leonie Joubert

Henriette Abrahams hat eine Idee. Die Feiertage stehen vor der Tür, aber sie muss noch einen guten Plan entwerfen, wie sie das neueste Projekt des Bonteheuwel Development Forum (BDF) genau stemmen kann. Sie will eine betriebsfertige Bäckerei in ihr Viertel bringen, damit die Bewohner*innen ihr eigenes Brot backen und sich so ein wenig aus ihrer wirtschaftlichen Not befreien können.

Abrahams lebt in Bonteheuwel, einem Arbeiterviertel in Kapstadt. Die Menschen leiden unter hoher Arbeitslosigkeit, unter Armut und Fehlernährung. Der Lockdown des Jahres 2020 hat gezeigt, wie prekär die Lage vieler Menschen ist. Wie können sich Gemeinden wie die ihre gegen Hunger wappnen? Auch in anderen Zeiten? Dass der Staat endlich etwas tut, darauf wollen sie und der BDF nicht mehr warten. Ihre Strategie ist einfach: Die Gemeinde muss eine eigene lokale Wirtschaft aufbauen, damit die Bewohner*innen ein Einkommen erzielen und sich selbst ernähren können.

Natürlich ging es den Menschen in dem Viertel auch schon vor der Covid-19-Pandemie nicht gut, aber ihre Lage hat sich durch den Lockdown enorm verschärft. Auch landesweit. Millionen Südafrikaner*innen haben ihre Arbeitsplätze oder Lebensgrundlage verloren – und damit ihre Einkommen. Sogar das Geld für die Grundnahrungsmittel fehlt ihnen nun. «Gemüse ist zu einem Luxusgut geworden», sagt Abrahams.

Die Bäckerei soll in einem Schiffscontainer geliefert werden und über alles verfügen, um vier Menschen zu beschäftigen und etwa 1.500 Laibe Brot am Tag backen zu können. Das Brot soll einen höheren Nährwert haben als die billigen, übermäßig verarbeiteten Produkte, die in Supermärkten und Lebensmittelgeschäften angeboten werden. Menschen mit wenig Geld sind oft gezwungen, sie zu kaufen und so täglich Kompromisse bei wichtigen Ausgaben für ihre Ernährung zu machen.

Weitere Bäckereien will Abrahams mit Spenden finanzieren. Wenn sie und der BDF genug zusammenbekommen, werden sie zehn Containerbäckereien in einkommensschwache Gemeinden in drei Provinzen liefern lassen. Und – wenn ihr Pilotprojekt erfolgreich ist, überlegen sie, es im ganzen Land zu probieren. Möglich wären auch andere Kleinunternehmen, wie zum Beispiel eine Schneiderei. Durch den Zusammenbruch der Bekleidungsindustrie sind in der Gemeinde in den vergangenen Jahren viele Schneider*innen und Näher*innen arbeitslos geworden.

Die Hungerkrise wurde bewältigt – aber die Arbeit beginnt erst

Ursprünglich hatte Abrahams das Netzwerk BDF im Jahr 2018 mit dem Ziel gegründet, Sicherheitsprobleme in einer Gegend mit weit verbreiteter Bandengewalt anzugehen. Als die Covid-Pandemie ausbrach, bildete sich landesweit eine Welle der Solidarität: Regierungsbehörden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen, religiöse Gruppen, wohltätige Organisationen und die breite Öffentlichkeit leisteten mit vereinten Kräften Hungerhilfe in den ärmeren Gemeinden. Neben Essenspaketen gab es ein Gutschein-System für den Lebensmitteleinkauf, erweiterte soziale Beihilfen und anderes mehr.

Zunächst in Kapstadt und dann auch anderswo im Land entstanden sogenannte Community Action Networks (CANs), selbstorganisierte Nachbarschaftsnetzwerke, die schnell und unbürokratisch Unterstützung leisteten und dabei solidarische Partnerschaften zwischen wohlhabenderen Stadtteilen und ärmeren Vierteln schlossen. Das BDF war an vorderster Front mit dabei. Es verfügte bereits über ein gut organisiertes kommunales Netzwerk und war optimal

Die Lage in Südafrika

Südafrika verzeichnet mit großem Abstand die meisten Covid-19-Fälle auf dem Kontinent. Über 37 000 Menschen sind bisher an der Pandemie gestorben und täglich kommen mehrere Hundert hinzu. Dabei hatte die Regierung zunächst schnell und konsequent gehandelt und das Land zu Beginn der Pandemie in einen der striktesten Lockdowns weltweit geschickt. Eine im Juli 2020 veröffentlichte Studie aber zeigt das Ausmaß der sozialen und wirtschaftlichen Folgen: Fast die Hälfte aller befragten Haushalte hatten im Monat April 2020 nicht genug Geld für Nahrungsmittel. Drei Millionen Menschen waren plötzlich ohne Arbeit, in der Mehrzahl schwarze Frauen. Viele dieser Arbeitsplätze sind wohl für immer verloren. Geschätzte 60 Prozent kleiner und mittelständischer Unternehmen könnten die Krise nicht überstehen. Die südafrikanische Wirtschaft schrumpfte im Vergleich zum Vorjahr um acht bis zehn Prozent. Die Voraussagen für 2021 sind vorsichtig optimistisch – doch bei den geringeren Einnahmen und gefangen in einer Schuldenspirale bleibt dem Staat wenig finanzieller Spielraum, um mittelfristig der hohen Arbeitslosigkeit, wachsender Armut und Ungleichheit zu begegnen. Während der erste harte Lockdown half, eine Überlastung des Gesundheitssektors weitgehend zu vermeiden, kämpfen seit Ende vergangenen Jahres immer weniger medizinische Fachkräfte gegen die tödlichere zweite Welle. Eine schnelle Entlastung durch ein Impfprogramm ist nicht in Sicht: Die für das erste Halbjahr bestätigten Lieferungen von Impfstoff reichen nur für etwa zehn Prozent der Bevölkerung.

aufgestellt, um die lokale Verteilung der Nahrungsmittelhilfe zu unterstützen – vor allem mit Gruppen meist weiblicher Freiwilliger. In den ersten Wochen des Lockdowns verteilten sie über 1.500 Lebensmittelpakete an eine stetig wachsende Zahl Bedürftiger; Nachbar*innen und Freund*innen des Forums finanzierten diese Aktionen. Schnell kamen Gemeinschaftsküchen dazu. Zwei Monate nach dem Beginn des Lockdown bereiteten vorwiegend Frauen wöchentlich über 40.000 Mahlzeiten zu.

Doch das BDF und die anderen Organisationen stellten bald fest, dass sie die Mobilisierung von Nahrungsmittelhilfe in diesem Umfang auf Dauer nicht leisten können. Und dass sie vor allem auch keine Lösung für die große Ernährungsarmut im Land sein kann. Der Bericht «2020 Food Dialogues» kommt zu dem Schluss, dass nun, da die unmittelbare Hungerkrise bewältigt sei, erst die eigentliche Arbeit beginnen müsse: eine Reform des ungleichen, ausgrenzenden, profitorientierten Lebensmittelsystems, das so vielen Südafrikaner*innen Hunger und Krankheiten beschert hat, noch bevor die Pandemie überhaupt begonnen hatte.

Ernährungsarmut gab es bereits vor der Pandemie

Ein Bericht von Oxfam Südafrika aus dem Jahr 2014 mit dem Titel «Hidden Hunger» betont, das zentrale Problem des Lebensmittelsystems in Südafrika bestehe darin, es den Menschen zu leicht zu machen, sich schlecht zu ernähren. Die Wurzeln dieser Ernährungsarmut liegen bereits viele Generationen zurück. Gesetzgebung und Politik der Kolonial- und Apartheid-Ära setzten auf eine billige, schlecht bezahlte, passive Arbeitsbevölkerung und schlossen sie von der Wirtschaft und der Führung des Landes aus. Diese unterdrückte Klasse lebte meist in städtischen Industriezentren und litt zwar nicht unbedingt an Hunger, ernährte sich aber durchgehend sehr schlecht.

Die globale Ausbreitung des Neoliberalismus der vergangenen 50 Jahre hat auch in Südafrika ein industrialisiertes Lebensmittelsystem verankert, das den Markt mit stark verarbeiteten, übermäßig raffinierten, kalorienintensiven Produkten überschwemmt, die billig und ansprechend sind und aggressiv vermarktet werden. Familien mit knappen Geldmitteln entscheiden sich eher für diese als für gesündere, teurere Lebensmittel.

Hunger und Unterernährung gelten in Südafrika jedoch nach wie vor als persönliche Schande und werden als eigenes Versagen gebrandmarkt – ebenso wie die sogenannten «Zivilisationskrankheiten», die mit schlechter Ernährung einhergehen, wie zum Beispiel Herzerkrankungen, Fettleibigkeit und Diabetes. Gareth Haysom vom African Centre for Cities (ACC) der Universität Kapstadt und Jane Battersby, außerordentliche Professorin beim ACC, plädieren für eine andere Perspektive: Sie fordern, Hunger, Unterernährung und Fettleibigkeit endlich als Folge eines grundlegenden, dysfunktionalen Systems zu werten – und nicht als Folge individueller Fehlentscheidungen von Menschen, die einfach versuchen, in diesem System zu überleben. Gelänge das, würde sich das Augenmerk auf die Verantwortung des Staates und die Rolle der mächtigen Unternehmen im Nahrungsmittelsystem richten – und auf das Recht der Bürger*innen auf angemessene Nahrung und Ernährung.

▼ Henriette Abrahams



Ein Recht auf Nahrung

Die Verantwortung des Staates ist im Gesetz unmissverständlich festgeschrieben. Die südafrikanische Verfassung erkennt das Recht aller Bürger*innen unter anderem auf Gleichheit, Würde, Leben und Gesundheitsversorgung an. Dazu gehört auch das Recht auf Nahrung. Der Staat ist verpflichtet, ein «förderliches» Umfeld zu schaffen, in dem Menschen entweder ihre eigenen Lebensmittel anbauen können oder über ein Einkommen, einen Lebensunterhalt oder eine soziale Unterstützung verfügen, damit sie Lebensmittel für sich und ihre Angehörigen kaufen können. Wenn Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu versorgen, muss der Staat einspringen.

An diese Verantwortung aber muss der Staat immer wieder erinnert werden. Als während des Lockdowns die Schulen schlossen, wurde die tägliche Schulspeisung weitgehend eingestellt, neun Millionen Schüler*innen standen auf einmal ohne Mahlzeiten da. Schulvorstände und zivilgesellschaftliche Organisationen zogen vor den Obersten Gerichtshof, der das Bildungsministerium schließlich anwies, das Schulmahlzeitenprogramm auch während der Schulschließung fortzusetzen.

Eigeninitiativen statt warten

Auch wenn es solche Erfolge gibt: In der Regel ist der Staat unsichtbar, wenn es darum geht, seine Bürger*innen zu versorgen. Und die Menschen sind es leid, auf seine oder die Hilfe privatwirtschaftlicher Unternehmen zu warten. Umso wichtiger ist es Henriette

Abrahams und dem BDF, sie vor allem auch mit nachhaltigen Projekten zu unterstützen. Im Juni pflanzten Jugendliche aus Bonteheuwel 30.000 Setzlinge in 17 kommunalen Gärten. Auf diese Weise sollen nicht nur die Suppenküchen versorgt werden, sondern «Kinder können erleben, was es bedeutet, eigene Lebensmittel anzubauen».

Henriette Abrahams wird auch den Plan mit der Bäckerei und vielleicht sogar einer Schneiderei hartnäckig weiterverfolgen. Denn nach dem Lockdown geht die Armut weiter.

Leonie Joubert ist eine südafrikanische Wissenschaftsjournalistin und Autorin. Seit zwanzig Jahren veröffentlicht sie Artikel und Sachbücher über die Klima- und Umweltzerstörung, Energiepolitik und die Frage, warum Städte hungrig, dick und krank machen. Joubert wurde zweimal mit dem Alan Paton Non-fiction Award ausgezeichnet.

Wie kann es Südafrika schaffen, auf die steil ansteigende Arbeitslosigkeit, die immer größere Ungleichheit und eine sich abzeichnende Hungerkrise angemessen zu reagieren? Ein Gespräch mit Lynette Maart und Hoodah Abrahams-Fayker von Black Sash – eine der ältesten Menschenrechtsorganisationen in Südafrika.

«Wir müssen die richtige Welle erwischen»

Interview: Katrin Seidel

(H.A.-F.)



Warum war das soziale Sicherungssystem Südafrikas nicht in der Lage, nach dem Ausbruch der Pandemie alle seine Bürger*innen vor Hunger und Mangelernährung zu schützen?

Hoodah Abrahams-Fayker: Vor der Pandemie beruhte das Sozialsystem auf sieben großen Pfeilern, darunter Altersvorsorge, Invalidenrente und Kinderbeihilfe. Wie die Organisation Black Sash jedoch seit Langem kritisiert, gibt es keine Unterstützung für Einkommenslose oder Geringverdiener*innen zwischen 18 und 59 Jahren. Als Grund dafür wird angeführt, es gebe ja genügend Beschäftigungsmöglichkeiten.

Aber bereits vor der Pandemie waren über zehn Millionen Menschen arbeitslos.

Lynette Maart: Deswegen ist diese Behauptung auch ein Mythos. Arbeitslosigkeit ist ein strukturelles Problem in Südafrika. Das führt dazu, dass von den Sozialleistungen, die für Einzelne gedacht sind – das Kind, die Rentnerin oder den Behinderten –, oft ganze Großfamilien abhängig sind. Als durch den Lockdown plötzlich noch mehr Menschen ohne Einkommen waren, konnte das ohnehin bereits überlastete System seine Funktion als dringend nötiges Auffangnetz nicht mehr erfüllen. Wir haben miterlebt, wie einem älteren Ehepaar mit drei Kindern in der zweiten

Woche des Lockdowns das Geld ausging und sie sich weder Lebensmittel noch Medikamente leisten konnten.

Was müsste sich in Südafrikas sozialem Sicherungssystem ändern, um effektiv auf solche Probleme reagieren zu können und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen?

Lynette Maart: Die Regierung sollte laut Black Sash schrittweise ein einheitliches soziales Sicherungssystem einführen, das allen in Südafrika lebenden Menschen ein Grundeinkommen garantiert. Die im Zuge der Pandemie neu eingeführten Sonderbeihilfen schaffen hier eine wichtige Präzedenz. Wir fordern, dass sie dauerhaft gewährt und Bedürftigkeitsprüfungen abgeschafft werden. Wie wichtig Letzteres ist, zeigt sich daran, dass neun Millionen Menschen auf die Sonderbeihilfen Anspruch hätten, doch nur sechs Millionen sie erhalten. Schon ein Einkommen von nur zehn Rand kann Bedürftige von jeglicher Unterstützung ausschließen. Es gibt auch keine gemeinsame Datenbank und keinen effizienten Informationsaustausch zwischen den verschiedenen beteiligten Regierungsstellen, was zu langen Verzögerungen führt.

Glauben Sie, dass die Not so vieler Menschen in Südafrika und weltweit empfänglicher für Ihre Anliegen gemacht hat: nämlich die Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherheit?

Hoodah Abrahams-Fayker: Endlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass finanzielle Unterstützung das bei weitem wichtigste Instrument für Menschen und Familien ist, um steigender Arbeitslosigkeit und anderen Auswirkungen der Pandemie zu begegnen. Die Nationale Planungskommission hat mit der Erarbeitung einer Strategie begonnen, die hoffentlich in eine neue Gesetzgebung münden wird.

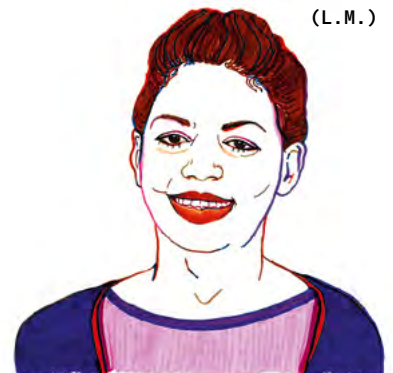
Die Regierung muss aber immer wieder an ihre Pflichten erinnert werden.

Lynette Maart: Die Krise hat Akteur*innen aus verschiedensten Bereichen, Bildung, Gesundheit, Behindertenhilfe oder Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zusammengebracht. Als starke Lobbygruppe dringen sie nun darauf, die Empfehlungen des UN-Sozialpaktes (ICESCR) für das Recht auf soziale Sicherheit umzusetzen. Das macht Mut – auch wenn wir vielleicht nicht sofort ein universelles System bekommen, haben die – wenn auch geringfügigen – Erhöhungen der bestehenden Beihilfe und die Einführung neuer Sozialbeihilfen definitiv den Weg geebnet. Wir müssen strategisch vorgehen. Es ist wie beim Surfen – man muss die richtige Welle erwischen.

Lynette Maart ist Landesdirektorin und Hoodah Abrahams-Fayker Advocacymanagerin von Black Sash, eine der ältesten Menschenrechtsorganisationen in Südafrika, die sich seit vielen Jahren für die Stärkung sozialer Sicherheit vor allem für Frauen und Kinder einsetzt.

Katrin Seidel ist Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt.

(L.M.)





Sie kümmern sich

Die Covid-19-Pandemie hat zwar die ganze Welt getroffen, Frauen aber besonders. Viele von ihnen arbeiten in Care-Berufen, sind alleinerziehend – oder beides. Sechs Geschichten aus sechs Ländern.

Sexarbeiterin Nadine Kopp alias «Bibi Drall», 35

Köln, Deutschland

Als reisende Sexarbeiterin bin ich in ganz Deutschland unterwegs und arbeite jeweils einige Wochen in Terminwohnungen und Laufhäusern. Im August 2019 hatte ich jedoch einen schweren Autounfall und konnte mehrere Monate nicht wirklich arbeiten. Dann, im März 2020, wollte ich wieder richtig durchstarten – doch dann kam Corona. Die Gäste hatten Angst, irgendwann kamen nur noch so wenige, dass ich wieder nach Hause gefahren bin. Ich dachte: Zwei Wochen Pause und dann geht es weiter. Stattdessen konnte ich jetzt seit über sechs Monaten nicht arbeiten. Und aufgrund des Unfalls hatte ich keine Rücklagen. Zurzeit bin ich daher gezwungen, in meinem früheren Beruf, der Pflege, zu arbeiten. Ich mache das, um beschäftigt zu sein. Und auch, weil mich das Amt unter Druck setzt. Die Arbeit ist körperlich und psychisch belastend, vor allem unter Corona-Bedingungen. Von der Vergütung und der Arbeitszeit ganz zu schweigen. Natürlich habe ich auch Angst mich anzustecken. In jedem Pflegebereich habe ich am Tag mit mindestens 50 Men-



schen zu tun. In der Sexarbeit treffe ich pro Woche vielleicht 20 Menschen. Da ist das Ansteckungsrisiko doch viel niedriger! In bestimmten Stellungen kann man Abstand halten, zusätzlich trägt man natürlich eine Maske. Außerdem würde ich bei Gästen die Temperatur messen. Am besten wären natürlich Schnelltests. Viele Frauen arbeiten derweil illegal weiter; aus Armutsgründen oder auch, weil sie die Situation nicht ernst nehmen. Durch diese Illegalität entstehen gerade Strukturen, die nach der Coronakrise zu viel mehr Zwang und Not in der Sexarbeit führen werden. Das wird der ganzen Branche schaden.

Gebärende Laurie Sitbon, 25

Paris, Frankreich

Im August 2019 habe ich gemerkt, dass ich schwanger bin. Es ist unser erstes Kind. Die letzten Monate meiner Schwangerschaft waren schwierig. Wegen der Pandemie konnte ich meine Familie nicht sehen. Natürlich hatte ich auch Angst, mich anzustecken und damit mein Baby zu gefährden. Am 6. April 2020 fühlte ich mich unwohl und bin ins Krankenhaus gefahren. Dort wurde die Geburt eingeleitet. Während der gesamten Zeit im Krankenhaus musste ich eine Maske tragen. Das war sehr anstrengend, denn mit der Maske konnte ich die Wehen nicht richtig wegatmen. Während der Geburt fühlte ich mich, als ob ich nicht genug Sauerstoff bekäme. Manchmal habe ich sogar Sterne gesehen. Vielleicht hat die Geburt auch deshalb so lang gedauert. Die Ärzte haben mir zu einem Kaiserschnitt geraten. Aber dann hätte mein Mann nicht bei mir bleiben dürfen, und ich wollte in dieser Situation nicht allein sein. Zwei Stunden nach der Geburt musste mein Mann die Klinik verlassen. Während der nächsten fünf Tage durfte er uns nicht einmal besuchen. Ich war allein mit meiner Tochter, konnte das Zimmer nicht verlassen. Und das Personal war derart gestresst durch die besonderen Umstände der Pandemie, dass mich niemand emotional unterstützte, wenn ich weinen musste. Ich möchte nicht, dass andere Frauen diese Erfahrungen machen müssen.

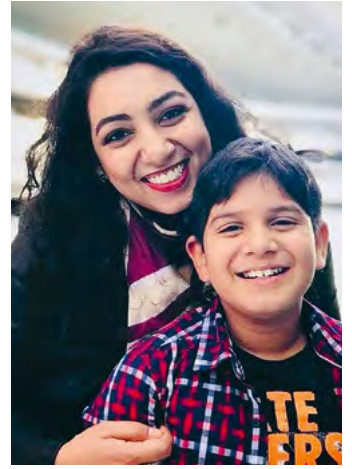


Alleinerziehende Reema Ahmad, 38

Agra, Indien

Ich bin alleinerziehende Mutter. Mein Sohn heißt Imaad und ist 12 Jahre alt. Am Anfang der Pandemie gab es viele falsche Informationen in Indien. Ich hatte das Gefühl, die Regierung nimmt die Situation nicht ernst. Ende Februar 2020 verbrachte ich dann einige Tage in Delhi und als ich nach Agra zurückkam, fühlte ich mich sehr erschöpft. Innerhalb einer Woche ging es mir richtig schlecht. Mir war schwindelig, außerdem hatte ich furchtbare Kopfschmerzen und Fieber. Mein Bruder arbeitet im Gesundheitswesen in Großbritannien und hatte dort schon einige Covid-19-Patient*innen gesehen. Deshalb wusste er sofort, was mit mir los war. Die nächsten zwei Mo-

nate verbrachte ich allein in meinem Zimmer. Ich hatte keine Angst um mich selbst, aber natürlich um meinen Sohn und meine Eltern, die beide schon über 70 sind und im selben Haus leben. Mein Sohn war anfangs sehr aufgewühlt. Als Alleinerziehende bist du die wichtigste Person im Leben deines Kindes. Er ist außerdem ein sehr kuscheliges Kind, physischer Kontakt ist wichtig für ihn. Nach zehn Tagen konnte er es nicht mehr aushalten. Er kam in mein Zimmer und wir saßen eine Weile lang Rücken an Rücken. Gott sei Dank hat er sich nicht angesteckt.



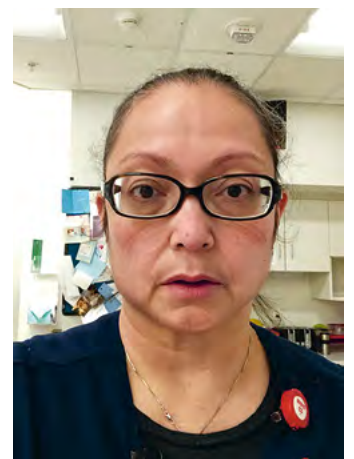


Krankenpflegerin Katherina Fuastino, 47

Henderson, Nevada, USA

Ich bin Krankenpflegerin und arbeite zurzeit meistens auf einer Covid-19-Station. Am Anfang der Pandemie hatte ich das Gefühl, wir wären nicht vorbereitet. N95-Masken wurden rationiert, weil wir so wenige davon hatten. Ich habe zu der Zeit eine solche Maske, die wir zuvor nur einen Tag trugen, manchmal eine Woche lang verwendet. Wenn man ständig eine Maske trägt, wird der Hals sehr trocken. Deshalb habe ich mir nicht viel dabei gedacht, als im Juli 2020 plötzlich mein Hals weh tat. Doch am nächsten Tag hatte ich Fieber, einige Tage später kam der Husten. Leider habe ich meine gesamte Familie angesteckt, darunter

meine kleine Tochter, die erst 10 Monate alt war. Ich habe mich deshalb sehr schuldig gefühlt. Die Arbeit auf der Covid-19-Station ist für mich emotional sehr belastend. Ein iPad zu halten, während Menschen sich von ihrer Familie verabschieden, ist herzzerreißend. Und wir haben das oft gemacht. Während meiner Covid-19-Infektion habe ich vielleicht mal kurz daran gedacht, nicht mehr zur Arbeit zu gehen. Aber das hier ist, was ich mit meinem Leben machen wollte und seit 20 Jahren tue. Also wusste ich, wenn ich Covid-19 überlebt habe, dann werde ich zurückgehen und alles genauso weitermachen.





Reinigungskraft Laura Elena Mora Diaz, 37

Puerto Vallarta, Mexiko

Seit etwa fünf Jahren arbeite ich als Reinigungskraft bei Privatleuten. Vor der Pandemie hatte ich die ganze Woche in verschiedenen Haushalten zu tun. Durch Covid-19 hatte ich auf einmal nur noch einen Auftrag pro Woche für 300–500 Pesos. Etwa 150 Pesos bezahlt man hier schon für ein Frühstück! Mein Mann ist Bauarbeiter, aber momentan gibt es wenig Arbeit für ihn. Die letzten Monate waren finanziell deshalb sehr hart für uns. Auch emotional hat mich diese Situation belastet. Wir haben zwei Kinder, unsere Tochter ist 9 und unser Sohn 7 Jahre alt. Ihre Schule findet online statt. Eine Zeit lang konnte ich aber das Internet nicht bezahlen, deshalb haben sie einiges verpasst. Das hat sich auf ihre Noten ausgewirkt. Als Mutter möchte ich natürlich, dass meine Kinder gut in der Schule sind, damit sie später eine Arbeit finden. Am schlimmsten war für meinen Sohn, dass ich für seinen Geburtstag im April keinen Kuchen kaufen konnte. Momentan geht es uns besser. Ich habe wieder mehr Arbeit, aber trotzdem verdiene ich immer noch weniger als vor der Pandemie.



Restaurantbesitzerin Tiziana Prestianni, 49

Como, Italien

Im Dezember 2019 habe ich mir einen Traum erfüllt und mein Restaurant «Bar La Casetta» eröffnet. In den ersten Monaten hatte ich großartige Umsätze, dann kam Covid-19. Italien hat sehr schlecht auf die Situation reagiert. Ich fühle mich vom Staat im Stich gelassen. Vorher hatte ich im Monat etwa 10.000 Euro verdient. Für den ersten Lockdown habe ich dann 2000 Euro an Hilfen bekommen, für den zweiten 4000 Euro. Das reicht natürlich nicht einmal, um meine laufenden Kosten zu decken. Bald bin ich bankrott. Ursprünglich wurde mir mitgeteilt, dass ich an den Weihnachtstagen mein Restaurant tagsüber öffnen könnte, ich hatte bereits viele Reservierungen. Nun musste ich doch schließen. Die Trüffel, die ich für etwa 800 Euro gekauft habe, kann ich jetzt wegschmeißen. Von der Regierung wünsche ich mir endlich Klarheit und Kohärenz im Umgang mit der Pandemie. Ich bin alleinerziehend, meine Söhne sind 4 und 7 Jahre alt. Die Kinder musste ich in dieser Zeit leider hintanstellen. Denn wenn ich Bankrott gehe, haben sie nichts zu essen. Schon deshalb werde ich bis zuletzt für meinen Traum kämpfen.





Christina Focken schreibt und studiert Global Studies in Berlin. Ihren Bachelor absolvierte sie in Regionalstudien Asien/Afrika und Gender Studies. Journalistisch und akademisch beschäftigt sie sich unter anderem mit den Themen Feminismus und Geschlecht.

Text: Susanne Lang

Das nachhaltige Textil-Startup «von Jungfeld» ließ seine Socken von Gründung an nur in Europa anstatt in Asien produzieren. Während der Corona-Pandemie war das ein entscheidender Vorteil: Die Lieferketten waren nicht unterbrochen. Ist deglobalisierte Produktion ein Modell für die Zukunft?

Made in Europe

Als Lucas Pulkert und Maria Pentshev im März des vergangenen Jahres für alle Mitarbeitenden Kurzarbeit anmeldeten, hätten sie sich das nie träumen lassen: Zwei Monate später hatte ihre Textilfirma «von Jungfeld» bereits den gesamten Umsatz des Vorjahres erwirtschaftet. Von Kurzarbeit war keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die 15 Mitarbeitenden waren während des ersten Lockdowns in Deutschland zu 120 Prozent ausgelastet. «Maria und ich haben über Ostern quasi im Büro gelebt», erinnert sich Lucas Pulkert.

Vor gut sieben Jahren hat der 29-Jährige während seines Bachelorstudiums (Kultur und Wirtschaft in Mannheim) gemeinsam mit Pentshev die Firma gegründet. Eigentlich ist das Unternehmen auf Damen- und Herrensocken in Bioqualität spezialisiert, doch im Frühjahr stellten die beiden Gründer/innen innerhalb von nur wenigen Wochen die Produktion fast ausschließlich auf Atemschutzmasken um. Mittlerweile liegt die Zahl der verkauften Masken im siebenstelligen Bereich, über 55.000 von ihnen gingen in einer Spendenaktion an Bedürftige. «Wir waren einer der ersten Hersteller in Deutschland, die Masken produziert haben», sagt Pulkert, «die Nachfrage war riesig». Es habe sich zunächst um eine Art Not-Innovation gehandelt, da der Handel mit Socken fast komplett zum Erliegen gekommen war. Wie sich rasch zeigte, löste die Firma damit aber nicht nur ihr eigenes, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Während in Deutschland noch über Sinn und Unsinn von Masken debattiert wurde, war eigentlich längst klar: Es gibt zu wenig Masken, wenn alle eine tragen sollen. Die vor allem in China produzierte Ware wurde knapp, globale Liefer- und Handelsketten waren unterbrochen. Laut Statistischem Bundesamt bezog Deutschland 2019 Textilien und Bekleidung aus China mit einem Gesamtwert von etwa 10,6 Milliarden Euro. In der Textilbranche ist China der wichtigste Handelspartner, vor Bangladesch und der Türkei.

«Von Jungfeld» aber wählte von Gründung an einen anderen Geschäftsansatz. Anstatt günstig Material zu importieren oder global produzieren zu lassen, setzen die beiden Gründer/innen auf Nachhaltigkeit. «Wir wollen für die Folgen unseres wirtschaftlichen Handelns innerhalb des kapitalistischen Systems Verantwortung übernehmen», sagt Pulkert. Daher ließen sie anfangs nur in Deutschland produzieren. «Nach ein paar Jahren haben wir aber festgestellt, dass dies keine gute Lösung für uns ist», sagt Pulkert. Es gab Qualitätsprobleme, zudem lagen die Kosten zu hoch. «Deutschland ist kein Textilindustrie-Land mehr, die Sockenstrickmaschinen stammen zum Teil noch aus Beständen der DDR, sie sind langsam und damit teuer», so Pulkert.

Um den Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards dennoch gerecht werden zu können, hat von Jungfeld in einem Kompromiss die Produktion an drei europäische Hauptstandorte verlagert: Türkei, Portugal und Polen. «Unser Produzent in der Türkei zum Beispiel arbeitet mit einer hochmodernen Anlage und zahlt gute Löhne – die mögen unter deutschem Niveau liegen, aber in Bezug auf die dortigen Lebenshaltungskosten sind sie fair.» Übergeordnetes Ziel sei es, die Produktionsbedingungen kontrollieren zu können und sie immer wieder zu hinterfragen. «Nur dann entsteht Vertrauen in unsere Firma», sagt Pulkert.

Von diesem Vertrauen und dem guten europäischen Netzwerk profitierte von Jungfeld bei der schnellen Produktionsumstellung im Frühjahr 2020. Als beispielsweise an einem Standort in Portugal Ohrengummis für Masken ausgingen, ließ von Jungfeld kurzerhand Nachschub aus Bulgarien liefern. «Statt auf Globalismus setzen wir auf europäischen Regionalismus», sagt Pulkert. Von einer Rückkehr zur rein nationalen Produktion hält er dagegen nichts. «Kein Land muss sich selbst versorgen können», so Pulkert.

Auch die Idee, Masken herzustellen, ist das Resultat einer europäischen Kooperation. Den Impuls dazu gab die tschechische Firma BeWooden, die Accessoires und Schmuck aus Holz herstellt – und mit deren Gründer Maria Pentshev befreundet ist. Die Produktion in Deutschland starteten sie gemeinsam, mittlerweile agieren beide Firmen wieder getrennt in ihren Heimatmärkten.

Bei der Frage, ob Corona die Textilbranche im Hinblick auf die Produktionsstrukturen nachhaltig verändern wird, ist sich Lucas Pulkert nicht sicher. «Ich würde es mir wünschen», sagt er. Aber die Regierung habe es bislang versäumt, Hilfen für die Textilbranche an Bedingungen zu knüpfen, die langfristig zu mehr Nachhaltigkeit führen würden. «Man hätte Unternehmen unterstützen können, die sich verpflichten, in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Prozentzahl ihres Portfolios auf nachhaltige Mode umzustellen», sagt Pulkert. Zuversichtlich stimmt ihn jedoch die Verbraucherseite: «Es hat ein Umdenken in der Bevölkerung eingesetzt», sagt Pulkert. Die Vorteile lokaler oder regionaler Produktion werden wieder gesehen. Das stärkt junge Firmen wie von Jungfeld, die bereits vor Corona auf Nachhaltigkeit gesetzt haben.

Susanne Lang lebt als freie Redakteurin und Autorin in Berlin.



Historische Chance auf wackligen Füßen: Die neue US-Regierung und die globale Ordnung

Text: Bastian Hermisson

Die Wahl von Joe Biden und Kamala Harris ist eine historische Chance. Beide stehen für ein politisches Bekenntnis zur liberalen Demokratie und ein gesellschaftliches Bekenntnis zum Miteinander statt Gegeneinander. Demokratie statt Autokratie, Zusammenarbeit und Gemeinsinn statt Spaltung und Nationalismus, das sind auch die wichtigsten politischen Trennlinien für die Auseinandersetzung um die künftige globale Ordnung.

An die Stelle der multilateralen Abrissbirne Donald Trump tritt nun ein Präsident, der die Bedeutung von internationalen Partnerschaften und Institutionen seit Jahrzehnten zu schätzen weiß. Anstelle einer kleptokratischen Politik zur Machterhaltung und Bereicherung von Trumps Familie tritt nun eine Außenpolitik, welche die Gesamtgesellschaft und die internationale Gemeinschaft im Blick hat. Und anstatt einer Personalpolitik, deren einziges Kriterium die bedingungslose Loyalität gegenüber dem Präsidenten war, werden nun erfahrene, professionelle und international bestens vernetzte Akteure die Geschicke der US-Außenpolitik verantworten.

Dieser Wandel ist auch dringend notwendig, denn nie zuvor war die Welt so vernetzt wie heute und gleichzeitig so verletzlich. Ob Klimakrise, Covid-19-Pandemie, nukleare Proliferation oder Entwicklungen im digitalen Raum: Die größten Risiken unserer Zeit haben grenzüberschreitende Konsequenzen und sind nur grenzüberschreitend lösbar. Deshalb ist von so großer Bedeutung, dass die Biden-Harris-Regierung angekündigt hat, dem Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation wieder beizutreten, den New-Start-Vertrag verlängern zu wollen und die multilateralen Verhandlungen mit dem Iran wiederaufzunehmen. Für die Zukunft des Multilateralismus sind das ermutigende erste Signale, denn die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ohne die USA kein multilateraler Staat zu machen ist.

Gleichzeitig wird sich die neue US-Regierung verstärkt ihren wertebundenen Allianzen zuwenden, die in den vergangenen Jahren besonders gelitten haben. Demokratie und Menschenrechte werden dabei keine gefälligen Phrasen sein, sondern wichtige Kriterien strategischer Partnerschaften mit Konsequenzen für das Verhältnis der USA zur EU und anderer Demokratien – und umgekehrt für ihr Verhältnis zur russischen, saudi-arabischen oder türkischen Regierung.

Für die EU ist das ein Glücksfall. Die Europäische Union braucht starke Partner für ihr Modell transnationaler Kooperation und liberaler Demokratie. Deswegen ist die Erneuerung ihrer wertebundenen Partnerschaft mit den USA von solch strategischer Bedeutung – als Raum der Freiheit, der transatlantischen Solidarität und der globalen Verantwortung. Das entbindet die EU nicht von der Aufgabe, eine eigenständigere Politik zu entwickeln. Eine starke EU ist im 21. Jahrhundert die Voraussetzung einer wirkmächtigen transatlantischen Politik.

Das ist zudem umso wichtiger, weil ein Erfolg der kooperativen und wertebundenen globalen Politik der Biden-Harris-Regierung keineswegs garantiert ist. Donald Trump hat seinem Nachfolger einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Pandemie hat das Land fest im Griff, die Wirtschaft ist labil. Die Institutionen auf Bundesebene sind deutlich geschwächt. Dazu kommt ein Schuldenberg von 20 Billionen Dollar, der den politischen Gestaltungsspielraum deutlich einschränkt. Vor allem aber muss Biden mit einem dysfunktionalen innenpolitischen Klima umgehen. Große Teile der Republikaner negieren nicht nur die Legitimität seines Wahlsiegs, sondern greifen offen die demokratische Verfasstheit der USA an. Etliche Beobachter*innen sprechen spätestens seit dem Putschversuch vom 6. Januar vom Ende des amerikanischen Zeitalters.

Das Ansehen und die Anziehungskraft der USA in der Welt haben massiv gelitten und werden nicht auf Knopfdruck wiederherzustellen sein. Es wirkt daher etwas vermessen, wenn jetzt in Washington viele von einer unmittelbaren Rückkehr der USA zur globalen Führungsmacht sprechen.

Fraglich ist vor allem, in welchem Maße sich die internationale Gemeinschaft auf Zusagen der kommenden US-Regierung verlassen wollen. Die Erfahrung, dass sich künftige US-Regierungen nicht an Verträge und Abkommen ihrer Vorgänger gebunden fühlen, gibt es nicht erst seit Donald Trump, siehe George W. Bush und das Kyoto-Protokoll. Die Trump-Zeit aber hat radikaler als je zuvor deutlich gemacht, dass das aus demokratischer Sicht schlimmste Szenario politischer Führung eine realistische Variante der Zukunft der US-Politik bleibt. Umso wichtiger wird es gerade für die Europäische Union, die kommenden vier Jahre so intensiv zu nutzen wie irgend möglich. Dafür braucht es in Post-Trump-Zeiten viel politischen Willen und mutige Initiativen auf beiden Seiten des Atlantiks.

Die wichtigste und gleichzeitig schwierigste geopolitische Schlüsselfrage wird das künftige Verhältnis der USA und der EU zu China sein. In der Analyse sind sich die Entscheidungstragenden in Brüssel und Washington, D.C., weitgehend einig. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird China als wirtschaftspolitischer Konkurrent, multilateraler Kooperations- und Verhandlungspartner und als systemischer Rivale betrachtet. Dieses analytische Dreieck mit Leben zu füllen und dabei strategisch zusammenzuarbeiten, anstatt auf kurzfristige unilaterale Geländegewinne zu setzen: das bleibt die größte Herausforderung, der sich die neue US-Regierung und die Europäische Union stellen müssen.

Bastian Hermisson ist seit 2015 Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, D.C. Zuvor leitete er das EU-Büro der Stiftung in Brüssel und das Transatlantik- und Außenpolitik-Referat der Stiftung in Berlin.



«Being American is more than a pride we inherit. It's the past we step into and how we repair it.» (Amerikaner*in zu sein, ist mehr als ein Stolz, den wir erben, es ist die Vergangenheit, in die wir treten, und die Art, wie wir sie reparieren.) Amanda Gorman, *The Hill we Climb*, vorgetragen bei der Amtseinführung von Joe Biden am 20.1.21

Die Pandemie hat Sorgearbeit ins Rampenlicht gerückt – und Care stößt auch jetzt bei vielen politisch Aktiven auf große Resonanz. Es gibt erste Formen der Zusammenarbeit – zum Beispiel mit Klimaaktivist*innen. Ein Gespräch mit der Sozialwissenschaftlerin und Buchautorin Gabriele Winker.

«Das macht Mut»

Interview: Ines Kappert

Wir sehen, dass selbst eine Pandemie die Bundesregierung nicht dazu veranlasst hat, die Bezahlung etwa von Pflegekräften zu erhöhen. Müssen wir uns von dem Gedanken verabschieden, dass unter kapitalistischen Bedingungen Pflege im Gesundheitsbereich niemals angemessen entlohnt werden wird?

Gabriele Winker: Ich bin der festen Überzeugung, dass sich mit starken sozialen Bewegungen im Gesundheitsbereich auch innerhalb kapitalistischer Strukturen eine bessere Entlohnung sowie vor allem deutlich mehr Personal durchsetzen lassen. Bedingung ist allerdings, dass Beschäftigte und ihre Gewerkschaften noch konsequenter mit Einwohner*innen als (potenzielle) Patient*innen zusammen politischen Druck machen. Um ein tatsächlich solidarisches Gesundheitswesen zu verwirklichen, in dem alle im Land lebenden Menschen die angemessene Unterstützung erhalten, sind strukturelle Änderungen notwendig. Dazu muss der Gesundheitsbereich den Privatunternehmen entzogen werden, die an möglichst hohen Profiten orientiert sind. Krankenhäuser und auch Pflegeheime müssen in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden, so dass Fachkräfte und (potenzielle) Patient*innen gemeinsam entscheiden können, was sie benötigen.

Care-Arbeit geht über Pflegearbeit weit hinaus. In Ihrem letzten Buch «Care Revolution» legen Sie dar, dass die deutsche Gesellschaft trotz ihres Reichtums nur noch den wenigsten erlaubt, ihre Arbeitskraft angemessen zu erneuern. Die Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit sind dramatisch. Die Pandemie hat die ohnehin schlechte Situation weiter verschärft. Sind wir zumindest in der Zivilgesellschaft dem von Ihnen geforderten radikalen Umdenken näher gekommen?

Ich denke schon, insofern, dass derzeit viele Menschen sich bewusster werden, auf was es im Leben ankommt: auf ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf sorgsame Pflege bei Krankheit oder im Alter, auf ein gutes Bildungssystem, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Aber auch darauf, die Klimakatastrophe zu stoppen, so dass auch in Zukunft Menschen die von ihnen gewünschte Lebensweise verwirklichen können. Es wird in der Pandemie deutlicher, was viele Menschen durchaus wissen, aber viel zu selten aussprechen: Wichtig ist nicht, möglichst viele Konsumgüter zu besitzen, sondern wichtig sind soziale Beziehungen, die dank hinreichender Zeit und existenzieller Absicherung gelebt werden können. Sowie intakte Ökosysteme, die Leben überhaupt ermöglichen.



«Jetzt sollten sich Feminist*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam für eine radikale Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit einsetzen, damit alle mehr Zeit für die Sorgearbeit in der Familie und in ihrem Ehrenamt haben. Der Zeitumfang ist nicht nur in der Pandemie sehr hoch.»

Welche Chancen eröffnen die Pandemie und der mit ihr einhergehende Ausnahmezustand?

Es geht jetzt darum, unsere Erfahrungen in der Pandemie ernst zu nehmen. Jetzt haben wir die Chance, laut zu sagen, dass die Privatisierung im Care-Bereich sofort gestoppt werden muss. Jetzt müssen wir darauf bestehen, dass demokratische Strukturen – etwa Care-Räte in Kommunen, in den Ländern und beim Bund – aufgebaut werden. Dort sollten Menschen mit hohen Sorgeaufgaben wie Eltern und pflegende Angehörige ebenso zu Wort kommen wie Menschen mit hohem Sorgebedarf. Jetzt können wir durchsetzen, dass endlich eine Bürger*innenversicherung eingeführt wird, durch die alle anfallenden Pflegekosten umfassend beglichen und pflegende Angehörige entlastet werden können. Jetzt müssen wir darauf bestehen, dass die Care-Berufe, in denen zu 80 Prozent Frauen tätig sind, angemessen entlohnt werden. Jetzt sollten sich Feminist*innen und Gewerkschafter*innen gemeinsam für eine radikale Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit einsetzen, damit alle mehr Zeit für die Sorgearbeit in der Familie und in ihrem Ehrenamt haben. Der Zeitumfang ist nicht nur in der Pandemie sehr hoch.

Sie sprechen von der Notwendigkeit einer Care-Bewegung – ähnlich der Klimabewegung, um Entscheidungstragende in der Politik zu einer radikalen Kursänderung zu bewegen. Gibt es hierfür Vorbilder oder Ansätze?

Wir haben vor sechs Jahren das Netzwerk Care Revolution gegründet, das von etwa 80 Initiativen im deutschsprachigen Raum unterstützt wird. Vor Ort sind wir in zehn Regionalgruppen aktiv. Dort arbeiten Care-Beschäftigte mit familiär Sorgearbeitenden, also Eltern oder pflegenden Angehörigen zusammen, aber auch mit Menschen mit Assistenzbedarf. In der Pandemie haben unsere Positionen deutlich an Zuspruch gewonnen. Wir verstehen

uns als Teil einer Care-Bewegung, die auch feministische Organisationen wie die Frauenstreikbündnisse zum 8. März, gewerkschaftliche Kämpfe in Care-Einrichtungen wie Krankenhäuser oder auch Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen umfasst. Wichtig ist, dass diese Teile der Care-Bewegung immer wieder zusammenkommen und dann Druck ausüben, sich Gehör verschaffen und einander besser kennenlernen. Deswegen hat das Netzwerk Care Revolution für 2021 die bundesweite Kampagne «Platz für Sorge» gestartet, die dezentral in Bündnissen vor Ort umgesetzt wird. Mit dieser Kampagne wollen wir die noch kleine Care-Bewegung verbreitern. Unser Engagement für Sorge und Solidarität stößt bei vielen politisch Aktiven gerade in Zeiten der Pandemie auf große Resonanz. So gibt es auch erste Formen der Zusammenarbeit zwischen der Care- und der Klimabewegung.

Könnten Sie dafür auch ein Beispiel nennen?

Auf der großen Klimastreik-Demonstration im September 2019 gab es an mehreren Orten einen Gesundheitsblock. Denn unbestreitbar bedroht der Temperaturanstieg schon jetzt Leben und Gesundheit. Andersherum rief etwa das Klimaaktionsbündnis Freiburg im Juni 2020 zu einer Menschenkette auch für ein solidarisches Gesundheitssystem auf, da die Care- und die Klimabewegung die Sehnsucht nach einer Welt teilen, in der Mensch und Natur wieder im Mittelpunkt stehen – nicht Märkte und nicht Konkurrenz.

Die Pandemie hat Frauen, die schon vorher den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit geleistet haben, weiter massiv belastet – ohne Ausgleich. Welche Reaktion halten Sie für angemessen, angesichts der vielfach frauenverachtenden Politik?

Zunächst ist es wichtig, dass am 8. März in vielen Städten große Demonstrationen stattfinden. Zudem möchten wir an diesem Tag Plätze als «Platz der Sorge» besetzen und dort all die vielen Sorgearbeitenden zu Wort kommen

lassen. Ebenso halte ich es für politisch bedeutsam, den 1. Mai in noch mehr Städten als bisher als «Tag auch der unsichtbaren Arbeit» zu begehen, um das gemeinsame Interesse an einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf maximal 30-Wochenstunden öffentlich zu machen. Auch sollten wir all die vielen konkreten politischen Vorschläge, die in der Care-Bewegung entstanden sind, auch in die Landtagswahlen, insbesondere aber auch in die Bundestagswahl einbringen. Schön fände ich es auch, wenn es uns gelingt, vor Ort Sommerfeste zu organisieren. Dort könnten wir nicht nur feiern und der eigenen Sorgearbeit Beachtung schenken. Dort könnten wir uns auch über unsere konkreten Utopien austauschen. Das macht Mut, nicht locker zu lassen und weiter für eine solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu streiten, auch wenn der Weg lang ist. Mitstreiter*innen sind immer willkommen unter care-revolution@riseup.net.

Gabriele Winker ist Sozialwissenschaftlerin und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Sie war Professorin an der Technischen Universität Hamburg mit Forschungsschwerpunkten in der Arbeits-, Geschlechter- und Internetforschung. 2015 erschien «Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft». Im März 2021 erscheint «Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima». Jeweils bei transcript.

Ines Kappert ist Leiterin des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung.

Von: Ulrich Volz

Die neue Schuldenkrise als Chance

In der Pandemie-Zeit sind viele Entwicklungs- und Schwellenländer in die Situation geraten, ihre Schulden nicht zurückzahlen zu können. Ein geregelter Erlass könnte zu mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit führen.

Die Covid-19-Krise und der daraus resultierende Einbruch der Wirtschaft hat auch viele Entwicklungs- und Schwellenländer hart getroffen. Lockdowns sowie der enorme Rückgang von internationalem Handel, Investitionen und Tourismus haben die wirtschaftlichen Fortschritte der vergangenen Jahre oftmals zunichte gemacht. Die Weltbank erwartet, dass extreme Armut zum ersten Mal seit einer Generation wieder zunehmen wird – weltweit: Die Auswirkungen der Pandemie könnten bis Ende 2021 bis zu 150 Millionen Menschen zusätzlich zu Betroffenen machen.

Und auch die Regierungen vieler Entwicklungs- und Schwellenländer kommen ins Straucheln, da sie mit schwerwiegenden Schuldenproblemen konfrontiert sind. Bereits vor der Krise hatten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds etwa die Hälfte der einkommensschwachen Länder als hoch verschuldet eingestuft. Viele Länder stehen nun vor der Rückzahlung von Staatsanleihen in ausländischer Währung, und für nicht wenige von ihnen wird es schwierig, wenn nicht unmöglich, unter den gegenwärtigen Marktbedingungen neue Kredite aufzunehmen. Viele Regierungen verwenden bereits jetzt 30 bis 70 Prozent ihrer Einnahmen, um Schulden zu bedienen – Gelder, die dringend zur Bekämpfung der Krise erforderlich wären.

Es besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass Regierungen in eine «grüne Erholung» («Green Recovery») investieren sollen, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben aber schlichtweg keinen finanziellen Spielraum, um ihre Bevölkerungen in der Pandemie angemessen zu unterstützen, geschweige denn in Bildung, Infrastruktur oder Gesundheit zu investieren. Daher ist ein Schuldenschnitt für hoch verschuldete Länder notwendig, der ausreichende Ressourcen freisetzt, um die sozialen Folgen der Krise abzufedern. Und der es ermöglicht, eine Erholung von der Krise nachhaltig zu gestalten, die Resilienz der Volkswirtschaften zu stärken und einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu fördern.

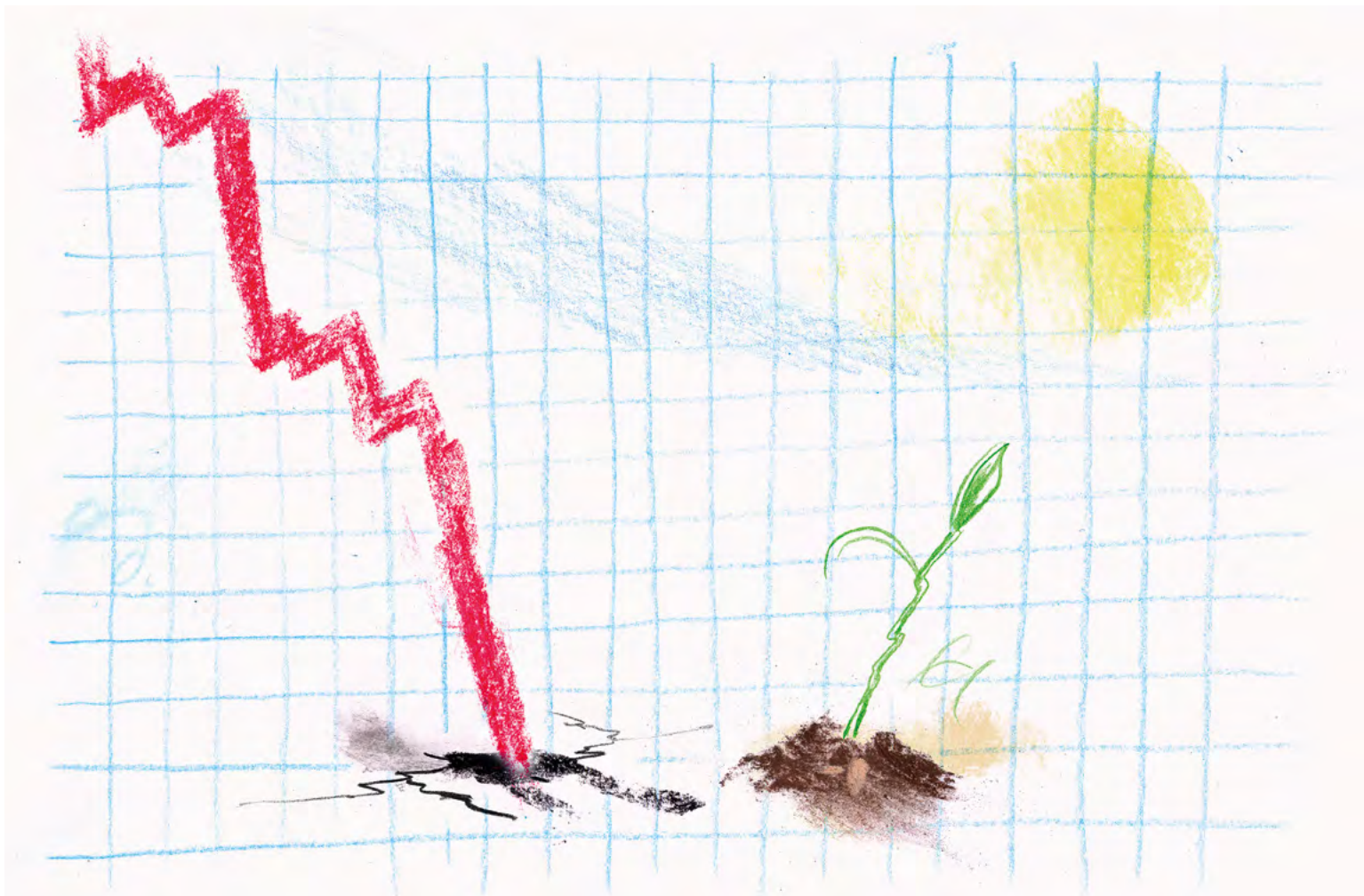
Um die ärmsten Länder der Welt zu unterstützen, haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 im April 2020 ein Schuldenmoratorium beschlossen, das im Oktober verlängert wurde. Zudem einigten sie sich auf ein multilaterales Rahmenwerk zum weiteren Umgang mit Staatsschulden, das im November beschlossen wurde. Demnach soll von Fall zu Fall über eine Reduzierung der Gesamtverschuldung für diejenigen Länder entschieden werden, bei denen die Schulden als nicht tragfähig eingestuft werden. Diese G20-Initiative ist zu begrüßen, geht aber nicht weit genug. Erstens

schließt sie Länder mit mittlerem Einkommen aus, obwohl auch unter diesen viele Probleme mit der Schuldentragfähigkeit haben. Zweitens fehlt der G20-Initiative ein wirkungsvoller Mechanismus für die Beteiligung der privaten Gläubiger, die in vielen Ländern einen Großteil der Schulden halten. Es besteht die Gefahr, dass solch ein lediglich stückweiser Ansatz dazu führt, dass notwendige Schuldenrestrukturierungen verschleppt werden, was Kosten sowohl für Schuldner als auch Gläubiger erhöht – und die Entwicklungsperspektiven dieser Länder verschlechtert.

Ohne eine umfassende, weltweite Entschuldungsinitiative werden die von der internationalen Gemeinschaft in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele nicht nur verfehlt. Vielmehr werden die bisher erzielten Fortschritte verloren gehen. In einem kürzlich veröffentlichten Report schlagen wir daher eine Initiative für «Debt Relief for Green and Inclusive Recovery» (Schuldenerlass für eine grüne und inklusive Erholung) vor. Basierend auf einer umfassenden Analyse ihrer Schuldentragfähigkeit, die auch Klimarisiken einbeziehen muss, soll überschuldeten Ländern ein Schuldenerlass gewährt werden. Regierungen, die Schuldenerleichterungen erhalten, müssten sich im Gegenzug zu Reformen verpflichten, die ihre Politik und ihre Haushalte an die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Abkommen anpassen. Ein Schuldenschnitt müsste von allen Gläubigern mitgetragen werden.

Ein Schuldenschnitt darf nicht leichtfertig erfolgen. Aber angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen der Pandemie wird solch ein Schritt für viele Entwicklungs- und Schwellenländer unvermeidlich sein. Je schneller er erfolgt, desto geringer werden die Kosten sein. Die internationale Gemeinschaft muss in dieser Situation allen Ländern die Möglichkeit geben, angemessen auf die Krise zu reagieren und in die Zukunft zu investieren. Investitionen in Entwicklung und eine nachhaltige und faire Nutzung globaler Gemeingüter sind letztlich in unser aller Interesse.

Ulrich Volz ist Direktor des Zentrums für nachhaltige Finanzen, SOAS, University of London. Er ist Co-Autor eines gemeinsamen Vorschlags der Heinrich-Böll-Stiftung, der SOAS und des Global Development Policy Center der Boston University für einen Schuldenerlass für grüne und inklusive Entwicklung. Mehr Infos: www.drgr.org



Professorin Mariana Mazzucato will den Kapitalismus umstrukturieren. Sie sieht den öffentlichen Sektor als Treiber von nachhaltigem, innovationsbasiertem Wirtschaftswachstum.

«Der Staat muss die Richtung vorgeben»

Text: Kerstin Kloss

Ein gleichzeitiger Corona-Impfstart in allen 27 EU-Staaten ist nach Mariana Mazzucatos Geschmack. Die italienisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin hat jahrelang den früheren EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation beraten. Schon vor der Covid-19-Pandemie sagte sie in einem FAZ-Interview: «Der Staat muss die Richtung vorgeben und ambitionierte Ziele setzen.» Jetzt fordert sie, dass sich reichere Länder zur weltweiten Massenbeschaffung von Vakzinen verpflichten, um überall Impfungen zu ermöglichen. Genau das regelt die Weltgesundheitsorganisation WHO, indem sie die internationale Corona-Impfinitiative Covax koordiniert: 2021 stellen 98 wohlhabendere Länder 1,3 Milliarden Impfdosen für 98 ärmere Staaten bereit.

Mazzucato leitet bei der WHO seit November 2020 den neuen «Council on the Economics of Health for All». Dieser «Rat für die Wirtschaftlichkeit von Gesundheit für alle» will durch Investitionen in die Gesundheit ein nachhaltiges, inklusives und innovationsbasiertes Wirtschaftswachstum erreichen. Die 52-Jährige kann sich kaum etwas Spannenderes vorstellen, als Volkswirtschaften zu gestalten. Als vierfache Mutter will sie Lösungen für Wirtschafts-, Klima- und Gesundheitskrisen anbieten.

«Wenn wir fortfahren, das System jedes Mal zu flicken, werden wir immer einen Schritt hinterherhinken», warnt sie. Stattdessen sollte der öffentliche Sektor mitgestalten, insbesondere im Hinblick auf die Probleme des Klimawandels und die Umsetzung eines Green New Deal. Deshalb würde Mazzucato Zuschüsse und Kredite in der Corona-Krise an Bedingungen knüpfen: Als Gegenleistung für Rettungsaktionen sollten Fluggesellschaften zum Beispiel verpflichtet werden, ihre Kohlenstoffemissionen zu senken.

Die gebürtige Römerin kennt die Vorteile von radikalen Erneuerungen seit früher Kindheit. Einen Perspektivwechsel erlebte sie als Vierjährige, als sie mit ihren Eltern und Geschwistern aus Italien in die USA umzog. Nach einem Master in Volkswirtschaftslehre startete sie eine wissenschaftliche Karriere, setzte dann zur Jahrtausendwende nochmal eine persönliche Zäsur und kehrte mit ihrem Mann, einem Filmproduzenten, und ihren Kindern nach Europa zurück. Seit 2017 hat sie eine Professur für Innovationswirtschaft und Gemeinwohlökonomie am renommierten University College London (UCL). Dort ist sie außerdem Direktorin des von ihr gegründeten Instituts für Innovation und Gemeinnützigkeit (IIPP).

2020 listete das Männermagazin GQ Mazzucato unter den 50 einflussreichsten Menschen in Großbritannien – als «entscheidende Stimme im Bereich des linken akademischen Denkens». 2019 erhielt sie in London den alternativen «Not the Nobel Prize», der engagierte wirtschaftliche Denker und Macher auszeichnet. In der angelsächsischen Welt hat sie Promistatus und meldet sich regelmäßig in der BBC oder *New York Times* zu Wort. In der US-Zeitung bemängelte sie kürzlich, dass die weltgrößten Unternehmen immer weiterwachsen – «vor allem im Technologiesektor, der sich selbst als Leuchtturm der Innovation versteht, aber seinen sozialen Pakt mit der Gesellschaft nicht einhält». Die Ökonomin vermisst Fairness bei Löhnen oder Steuern – und sieht Privatunternehmen nicht als Innovationstreiber.

«Ohne den Staat gäbe es das iPhone heute nicht», lautet der vielleicht bekannteste Satz von Mazzucato. In ihren Publikationen stellt sie klar, dass staatliche Finanzierung bedeutende technische Neuerungen wie das Internet erst ermöglicht hätten, während Privatunternehmen den Gewinn einstrichen. Jetzt in der Covid-19-Pandemie suchen Italiens, Südafrikas und andere Regierungen Mazzucatos Rat. Und wie ein Mantra wiederholt sie ihre These – auch in ihrem neuen Buch «Mission Economy», das Ende Januar 2021 in Großbritannien erschienen ist: «Wir können nur beginnen, Antworten zu finden, wenn wir den Kapitalismus grundlegend umstrukturieren.» Diesmal geht es ihr um große ökologische, gesundheitliche und soziale Herausforderungen nach Covid, wie die globale Erderwärmung, Umweltverschmutzung, auch Demenz, Fettleibigkeit oder Waffengewalt und Mobilität.

In Mazzucatos neuer Normalität werden öffentlich-private Kooperationen nicht vom Profit angetrieben. Für die Corona-Impfungen heißt das, sicherzustellen, «dass Patente nicht missbraucht werden und dass die Preise von Medikamenten die zugrundeliegende öffentliche Finanzierung widerspiegeln».

Kerstin Kloss arbeitet als freie Journalistin in Hamburg.

Projekt

Debt Relief for Green and Inclusive Recovery

Viele Länder des Globalen Südens haben derzeit mit enormer Staatsverschuldung zu kämpfen, gleichzeitig sind dringende Klimaschutzmaßnahmen und Investitionen für sozialen Fortschritt erforderlich. In diesem Projekt arbeiten wir mit Wissenschaftler/innen, der Zivilgesellschaft sowie politischen Entscheidungsträger/innen weltweit zusammen. Gemeinsam entwickeln wir Vorschläge, um die Schuldenkrise zu lösen und einen gerechten Übergang zu einer klimafreundlichen und inklusiven Wirtschaft voranzutreiben.

[Infos unter: drgr.org](http://drgr.org)

Hauptbericht

Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery

A proposal by Ulrich Volz, Shamshad Akthar, Kevin Gallagher, Stephany Griffith-Jones and Jörg Haas (November 2020)

Der Bericht schlägt vor, dass Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, deren Schuldenlast nicht tragfähig ist, von öffentlichen und privaten Gläubigern einen substanziellen Schuldenerlass erhalten, um fiskalischen Spielraum für Investitionen in bezogene Gesundheits- und Sozialausgaben, Klimaanpassung und Strategien für eine grüne wirtschaftliche Erholung zu schaffen.

Background Papers

#1 Scaling-up Ecosystem-based Debt-for-Climate Swaps: From the Millions to the Billions

By Stephen Leonard, Ellycia Harrould-Kolieb, Oscar Reyes, Justine Nicole Torres, and Elizabeth Crespo (November 2020)

#2 Linking Debt Relief and Sustainable Development: Lessons from Experience

By Aldo Caliarì (November 2020)

#3 Debt-For-Adaptation Swap – Investment in Adaptation and Resilience

By Mizan R. Khan (December 2020)

#4: The Architecture for a Debt-for-Climate Initiative

By Annamaria Viterbo, Rishikesh Ram Bhandary and Kevin P. Gallagher (December 2020)

#5 Debt for Climate Opportunities in South Africa

By Emily Tyler, Celeste Renaud, and Adam Roff (December 2020)

#6 Compensating Indebted Countries for Keeping Fossil Fuels in the Ground

By Johnny West (December 2020)

[Download: drgr.org/documents](http://drgr.org/documents)

E-Paper

Political Economy of Climate and Clean Energy in China

Opportunities and Limits of International Influence on the Chinese Emissions Pathway

By Lauri Myllyvirta, Shuwei Zhang, Xinyi Shen, and Yunqing Bi (December 2020)

[Download: boell.de/political-economy-climate-and-clean-energy-china](http://boell.de/political-economy-climate-and-clean-energy-china)

Studien

Die von Peking geführte Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank Bank (AIIB): Weltmarktführer in Infrastruktur, aber zu welchem Preis?

Die 2021 erschienene Studie von Korinna Horta und Wawa Wang analysiert die AIIB-Richtlinien zu Transparenz und öffentlichem Zugang zu Informationen. Sie erläutert, warum verbindliche Regeln zu Offenlegung bei der AIIB sehr wichtig sind.

[Download: boell.de/publikationen](http://boell.de/publikationen)

Die Asiatische Infrastruktur Investment Bank (AIIB): Eine multilaterale Bank, in der China die Regeln bestimmt

Im Jahr 2016 wurde die Asia Infrastructure Investment Bank (AIIB) als multilaterale Bank zur Finanzierung von Infrastruktur gegründet. Als „schlank, sauber und grün“ bezeichnet die Bank sich selbst. Tatsächlich hat sich China mit der AIIB ein multilaterales Instrument geschaffen, das dazu geeignet ist, vor allem chinesische Interessen zu fördern und internationale Regeln zu umgehen, so die 2019 gemeinsam mit urgewald herausgegebene Studie.

www.boell.de/aiib

Jenseits des Wachstums

Die Klimakrise, der schnelle technologische Wandel, die Globalisierung und die Ungleichheit zwischen Generationen und Ländern sind globale Herausforderungen, die eine Wirtschaftspolitik erfordern, die menschliches Wohlergehen, ökologische Nachhaltigkeit und die Reduzierung von Ungleichheiten in ihren Mittelpunkt stellt. Die Studie beschreibt Wege, die zu einer ausgewogeneren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung führen können – für heutige und zukünftige Generationen.

[Download: boell.de/2021/02/01/jenseits-des-wachstums](http://boell.de/2021/02/01/jenseits-des-wachstums)

Podcasts

«Der Code des Kapitals» – Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft | Böll.Fokus

Woher kommt das Kapital? Damit hat sich die Rechts-Professorin Katharina Pistor von der Columbia Law School in New York in ihrem Buch «Der Code des Kapitals» auseinandergesetzt. Sie erzählt die Geschichte der rechtlichen Schöpfung des Kapitals von der frühen Neuzeit bis ins digitale Zeitalter der Bitcoins – eine Reise zu den Quellen von Reichtum und Ungleichheit.

www.boell.de/podcasts

«Mehr Wuppertal wagen»

Text: Uwe Schneidewind

Städte sind die Herzkammern der Transformation. Dies nicht nur, weil hier die meisten Menschen leben und der Großteil der Nachhaltigkeitsherausforderungen hier entstehen, sondern weil Städte immer schon kulturelle Pionier- und Experimentierorte waren. In Städten wird «Zukunftssinn» geprägt.

Dabei hat jede Stadt ihre Eigenart: eine Mischung aus individueller Geschichte, Topographie und Mentalität, die ihr ein ganz spezielles Gesicht verleihen. Es sind gerade diese Eigenarten, die Städte zu wichtigen Laboren der Veränderung machen. In dieser Vielfalt entstehen Ideen, Möglichkeitsräume für eine nachhaltige Welt werden geschaffen.

Es gibt Städte, die «Transformation» geradezu in ihrer DNA haben, für die Wandel ein zentrales Element ihrer Eigenart ist. Wuppertal gehört dazu. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts galt Wuppertal als das Manchester Kontinentaleuropas – es war eine der reichsten Städte Deutschlands und zugleich Brennpunkt sozialen Elends. Wuppertal war Kraftzentrum der Industrialisierung, Gründungsort von Unternehmen wie Bayer und Geburtsort von Sozialrevolutionären wie Friedrich Engels. Erst ab den 1960er Jahren folgten Strukturwandel und ein Niedergang, der in massiver Verschuldung, Einwohnerverlust und hoher Arbeitslosigkeit endete. Doch mit diesen Herausforderungen wuchsen auch Gegenkräfte: Engagierte und national ausgezeichnete Bildungsinitiativen, ein Jobcenter, das mit seinen Herangehensweisen national genauso Zeichen setzt wie das «Haus der Integration». Insbesondere aber entstand eine vitale Zivilgesellschaft, die auf alten Bahnstrecken und Brachflächen wie dem «Mirker Bahnhof» neue Formen der Mobilität und gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung erfindet.

Eine Stadt ist nicht in erster Linie das, was man an der Oberfläche sieht. Eine Stadt ist vielmehr die Haltung, die ihre Bürger/innen prägt – und diese zeichnet sich oft durch eine überraschend hohe Kontinuität aus, oft über viele Jahrzehnte. In Wuppertal sind es über 200 Jahre: «Mut», «Unternehmertum» und «Bürgerschaftliches Engagement», aber auch «Zukunfts- und Eigensinn» (wie ihn nicht nur Friedrich Engels, sondern auch Wuppertaler Künstlerinnen wie Pina Bausch oder Else Lasker-Schüler verkörpern) stehen für die «Haltung» Wuppertals.

Deswegen ist das mit der letzten Kommunalwahl gesetzte mutige Aufbruchssignal nicht nur eine besondere Gelegenheit für Wuppertal: Mehr von Wuppertal und seiner transformativen Kraft zu wagen, ist in diesen Zeiten des Wandels ein Signal weit über die Stadt hinaus.

Uwe Schneidewind ist seit November 2020 Oberbürgermeister von Wuppertal. Zuvor war er u.a. Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH.

Der besondere Tipp

Online-Veranstaltungen

Online-Seminar:

Grundkurs Wärmewende

15.-16. März (Mo-Di, 16.00-18.00 Uhr)

Online-Seminar:

#3 Zukunftsinvestitionen Infrastrukturen für die ökologisch-soziale Transformation

17. März (Mi, 17.00-18.15 Uhr)

Europapolitische Jahrestagung 2021

10. Mai (Mo)

10. Europäisches Geschichts- forum: Neu Nachdenken über Denkmäler in Ost- und Südost- europa

18. Mai (Di), Livestream

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2021

25.-26. Mai (Di-Mi)

Infos und Anmeldung zu den
Veranstaltungen unter:

calendar.boell.de

Atlas

Infrastrukturatlas

Infrastrukturen und öffentliche Räume entscheiden über gesellschaftliche Teilhabechancen und sind ein Schlüssel für die sozialökologische Transformation. Der Atlas zeigt auf, was sie insbesondere in Deutschland leisten und noch leisten könnten.

boell.de/atlanten

Jugendbuch

Plastik, Müll & ich

In unserem neuen Jugendbuch, gestaltet und illustriert von Gesine Grotrian, beantworten wir rund 60 Fragen zum Thema. Das Buch erscheint Mitte Mai 2021.

boell.de/plastik

Studien

Das Progressiv-konservativ-Paradox

«Progressiv» und «konservativ» sind Grundbegriffe, die fest im politischen Raum verankert sind und ihm Orientierung geben. Dabei werden sie

in der Regel als gegensätzlich verstanden. Aber ist zum Beispiel eine Politik, die auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen geht, progressiv oder konservativ?

boell.de/publikationen

Beleidigt und bedroht

Verbale und tätliche Gewalterfahrungen gehören zunehmend zum Alltag von Politikerinnen und Politikern, die in Gemeinden und Kommunen ehrenamtlich engagiert sind. Maßnahmen im Umgang mit politisch motivierter Gewalt sind dringend erforderlich.

boell.de/publikationen

Scroll Story

10 Jahre Arabische Revolutionen

Drei Geschichten aus Ägypten, Syrien und Tunesien zeigen, dass 10 Jahre nach Beginn die Revolutionen weitergehen - trotz der immensen Belastung und der teilweise gewaltvollen Rückschläge durch die alten Kräfte.

revolutions.boell.de

Podcast

Zeitungen, Zukunftsangst, Zuschüsse - was rettet die lokalen Medien?

Seit Jahren kämpfen vor allem die Lokalzeitungen mit Anzeigen- und Aboverlusten. So wichtig Lokaljournalismus für Demokratie und Medienvertrauen ist, er rechnet sich nicht mehr. Nun arbeitet die Bundesregierung an einem Konzept zur Presseförderung im Umfang von 220 Millionen Euro. Kann das den unabhängigen Qualitätsjournalismus in der Fläche stärken?

boell.de/podcasts

Dossier

Angriff auf die Demokratie? Anti-Gender-Bewegungen in Europa

Die Beiträge in diesem Dossier beschreiben u.a., aus welchen ideologischen Quellen sich der gegenwärtige Antifeminismus speist, welche Akteuer*innen zumeist international vernetzt mobil machen und mit welchen Strategien sie unterwegs sind.

boell.de/anti-gender-bewegungen-europa

Gender-Mediathek

In der Gender-Mediathek des Gunda-Werner-Instituts finden Sie Video-clips, (Erklär-)Filme, Dokumentationen und Audioformate zu geschlechterpolitischen und feministischen Themen.

gender-mediathek.de

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 - 2 85 34 - 0
F 030 - 2 85 34 - 109
info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Jörg Haas

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger
Martin Reichert

Schlussredaktion

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

The New York Times/Redux/laif

Druck

Druckhaus Sportflieger

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

twitter.com/boell_stiftung

facebook.com/boellstiftung

youtube.com/user/boellstiftung

soundcloud.com/boellstiftung

flickr.com/photos/boellstiftung

instagram.com/boellstiftung/

«Zum ersten Mal verpflichtet sich der größte Emittent – heute ist das China – tatsächlich zur Dekarbonisierung. Das war unter keinem der vorgehenden Regime der Fall, bis zurück zu Kyoto, als am Ende die Amerikaner als größte Emittenten nicht mit von der Partie waren. 2020 ist das Jahr, in dem wir diesen fundamentalen Wandel haben. Und das ist ungeheuer wichtig.» Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker

Böll.Thema 21-1
Welt im Umbruch

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 34 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit ihren Landesstiftungen in den Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de